

der stacheldraht

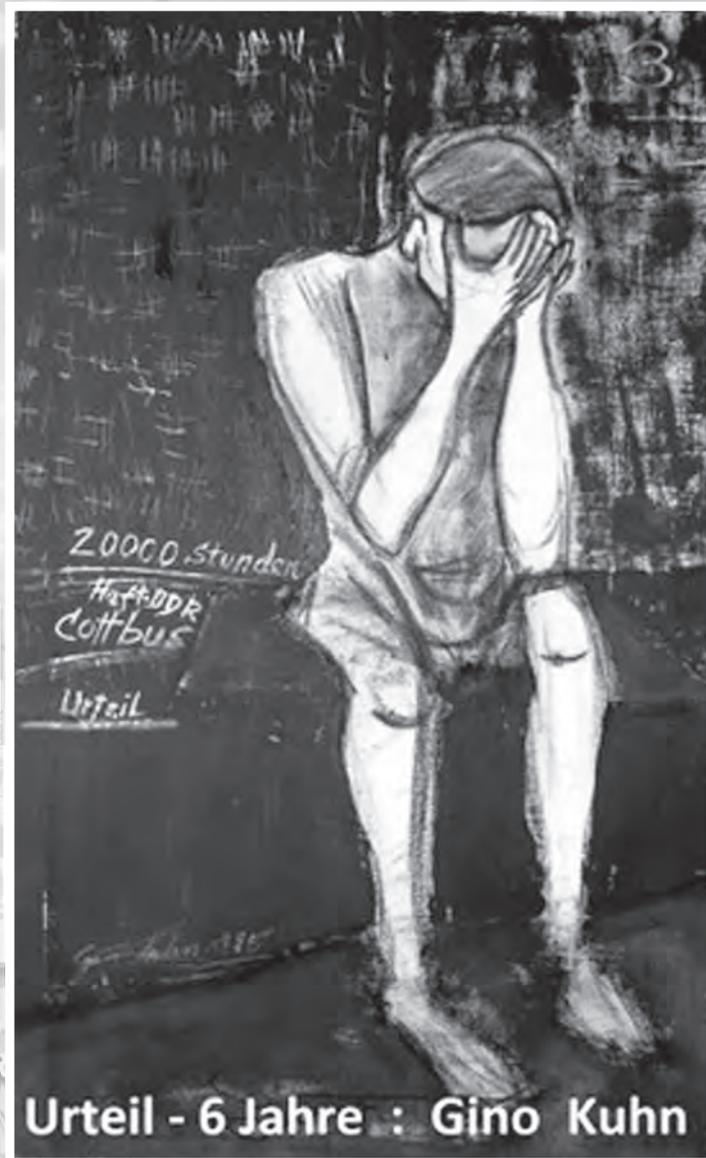
FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2013

Wahlprüfsteine, Teil 2

Interview mit
Marita Pagels-Heineking
Stalin und der Koreakrieg



Aktuell

- 3 Vershoben
Kommentar
Dokumentiert

Recht

- 4 Fragen und Antworten.
Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl, Teil 2
- 8 Raus aus den Schulden
Härtefälle statt „Doppelleistung“

International

- 9 Stalin und der Koreakrieg

Interview

- 10 Diktatur nimmt den Menschen ihr wertvollstes Gut

Berichte

- 12 Berührendste Szene der Operngeschichte
- 13 Gedenken in Malchow
Kongreß-Vorschau

Verbände

- 14 Gedenkveranstaltung Sachsenhausen
Podiumsdiskussion
Bürgerpreis
- 15 Ausstellungen:
Hoheneckerinnen
Tatort-Fotos
Filme:
Zwei Leben
Ewige Rebellin
Suchanzeigen
- 16 Leserbrief

Die kleine Geschichte

- 17 Das Verhör

Service/Bücher

- 18 Geflohen nach West-Berlin
- 19 „Es geht um die Wahrheit!“
Zwangsausgesiedelt

Service/Veranstaltungen

- 17–19

Umschlagbild:

Im Europasaal der Deutschen Gesellschaft e.V. präsentiert der Künstler und ehemalige politische Häftling Gino Kuhn seine Ausstellung „Im Tigerkäfig der Stasi“, die an die Opfer der DDR-Diktatur erinnern soll.

Die Bilder sind noch bis zum 10. Oktober 2013 im Mosse Palais, Voßstr. 22, 10117 Berlin, zu sehen; Öffnungszeiten: Mo, Mi 10.00-16.00 Uhr, Di, Do 10.00-18.00 Uhr, Fr 10.00-13.00 Uhr.

Ausgesprochen sehenswert!

Heile Welt?

Von Horst Schüler

Hoffentlich erwarten Sie jetzt nicht, daß ich mich in die Reihen derer stelle, die bei uns eine Spionage-Diskussion unter dem Titel führen: „Immer feste drauf auf die Amerikaner!“ Ich erinnere mich allerdings, daß am 11. September 2001 zwei Passagierflugzeuge in das World Trade Center in New York jagten und dabei 3000 Menschen töteten. Und ich erinnere mich weiter, daß sich einige der dafür verantwortlichen Terroristen in Hamburg auf diesen Massenmord vorbereiteten. In Deutschland also, wo jeden Tag neue „Experten“ auf die Amerikaner schimpfen, die selbst bei ihren Freunden spionieren würden.

Manchmal tun wir so, als lebten wir in einer Welt ohne Bosheit, Heimtücke und Grausamkeit. Und wenn es gilt, Amerikaner zu erwischen, die angeblich mal wieder gegen die ungeschriebenen Gesetze einer heilen Welt verstoßen, dann sind manche – wie der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele zum Beispiel – mit einem Eifer dabei, der vermutlich in der Ideologie des Antikapitalismus seine Wurzeln hat. Erinnert sei nur an die von der DDR gesteuerte „Ami-go-home“-Kampagne vor einigen Jahrzehnten. Doch ob es uns nun paßt oder nicht – eines sollten wir nicht vergessen:

Die Bundesrepublik Deutschland gehört, Gott sei es gedankt, zur westlichen Schicksalsgemeinschaft. Deren Schutzmacht sind die Vereinigten Staaten. In dieser Funktion stehen sie oft Feinden gegenüber, denen jedes, aber auch wirklich jedes Mittel recht ist, die USA und damit auch uns zu treffen. Wir wissen, daß die USA ein demokratischer Rechtsstaat sind, zu dem wir ungeteiltes Vertrauen haben können. Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß sie bei Verstößen gegen diese Rechtsstaatlichkeit immer Wege gefunden hat, die Urheber solcher Verstöße zur Rechenschaft zu ziehen.

Uns wäre das manchmal eher zu wünschen. Wir sind glücklich darüber, in einem freiheitlichen Staat leben zu können (zu dem übrigens die Amerikaner eine

Menge beigetragen haben). Doch beinahe täglich sehen, hören und lesen wir, daß manche Bürger diese Freiheit in den Schmutz ziehen, daß sie meinen, alles ungestraft tun zu dürfen, was ihnen gerade in den Sinn kommt. Beispiele dafür sind Legion. Daß Autos abgefackelt werden, gehört fast zum Alltag einer Großstadt, so wie sinnlose Schmierereien, Zerstörungen, Drogenhandel und die Angst der Menschen vor Schlägern in öffentlichen Verkehrsmitteln oder in nächtlichen Straßen und Parks. Demonstrationen werden von Rabauken zu Schlachten mit Polizisten mißbraucht. Soldaten, die anderswo ihr Leben einsetzen, trauen sich bei uns nicht, in Uniform auszugehen. Und sollen wir noch über Bushido reden? Sollen wir darüber lachen oder weinen, daß solche Menschen von manchen als Künstler gesehen und sogar ausgezeichnet werden?

Manchmal möchte man schier verzweifeln. Über eine Justiz, die seltsam nachsichtig gegen Gesetzesbrecher ist. Über eine Bundesbahn, die aus Personalmangel sogar den Bahnhof einer Landeshauptstadt still legen muß. Über eine Gesellschaft, für die Shopping der Inbegriff des Lebens scheint. Über Kultusminister, die es seit Jahrzehnten dulden, daß jedes Bundesland seine eigene Schulpolitik verfolgt, statt endlich Deutschland eine einheitliche Schule zu geben. Über Parlamente, die selbst vernünftige Vorschläge ablehnen, wenn sie von der gegnerischen Fraktion eingebracht werden. Und natürlich auch über die Art des Umganges mit unseren Freunden.

Ach ja, da wäre noch das Thema Stolz. Wenn deutsche Regierungsmitglieder zum Beispiel ein Land besuchen, in dem sie von Medien und Demonstranten und manchmal sogar von Gastgebern als Nazi-Schergen dargestellt werden, wäre es dann nicht angebracht, solche Besuche abzusagen oder abzuberechen?

Das alles kann man ja herbeisehnen, man kann es sich wünschen und davon träumen – doch keine Bange: Es bleibt bei uns wie gehabt. Wetten? 

Verschoben

(fk) Der Stadtrat von Stollberg hat beschlossen, die Einrichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen DDR-Frauenzuchthaus Hoheneck auf unbestimmte Zukunft zu verschieben. Zunächst soll in einem Gefängnistrakt eine „physikalisch-technische Einrichtung“ für Jugendliche entstehen.

„Für die Einrichtung einer Gedenkstätte“, sagte der Oberbürgermeister von Stollberg, Marcel Schmidt, dem MDR, „denke ich, werden wir in den nächsten Jahren irgendwoher auch noch Geld bekommen.“

Anita Goßler, Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kommunismus-Opfer (UOKG) und ehemalige Insassin in Hoheneck, äußerte ihre Enttäuschung: „Wenn Herr Schmidt in den nächsten Jahren irgendwoher vielleicht auch noch Geld bekommt, so sind ich und viele andere ehemalige Insassen bereits schon tot. Diejenigen, die wie ich noch in der Frühzeit der DDR oder während der sowjetischen Besatzungszeit verurteilt worden sind, werden die Einrichtung einer Gedenkstätte nach diesem Beschluß wahrscheinlich nicht mehr erleben. Es entsteht der Eindruck, der Stadt fehle es an der Courage, sich der dunklen Seiten ihrer Geschichte zu stellen.“

Zu dem Argument der Stadt, mit der physikalisch-technischen Einrichtung solle der Jugend „eine Zukunftsperspektive“ (Schmidt) geboten werden, sagte UOKG-Vorsitzender Rainer Wagner: „Eine Gedenkstätte im ehemaligen Frauengefängnis wäre ein wirksames Mittel zur Demokratieerziehung. Gerade im Erzgebirge,

einer Hochburg von Neo-Nazis, in der die NPD bundesweit ihre größten Wahlerfolge feiert, kann die Bedeutung einer solchen Einrichtung nicht hoch genug geschätzt werden. So wichtig die Ausbildung von Jugendlichen in Naturwissenschaften auch ist: Eine Jugend, welche die Geschichte nicht kennt, hat keine Zukunft.“

Kommentar

Wählen gehen!

Mit der Partei Die Linke ist es in dieser Legislaturperiode ständig abwärts gegangen. Einen Co-Vorsitzenden hat sie verloren, sie ist nur noch in einer Landesregierung beteiligt, nämlich in Brandenburg (wie lange noch?), die Wählergunst dümpelt dahin. Augenscheinlich haben die Wähler die Zuversicht verloren, daß Die Linke in der Bundespolitik etwas bewegen kann. Am deutlichsten hat das ihr früherer Vorsitzender Lafontaine ausgedrückt, als er von allen Parteiamtägern zurücktrat. Die neue Doppelspitze erlebte keine große Zustimmung.

Also müssen neue Strategien her. Zum wiederholten Male hat sich die Linkspartei nun der SPD (die ja auch nicht eben stark ist) als Koalitionspartner angeboten, Herr Gabriel hat routinemäßig abgesagt. Auch bei der CDU antichambriert sie, indem sie

Herrn Steinmeier (SPD) als großen Heuchler bezeichnet, weil er als früherer Kanzleramts-Minister jede Mitverantwortung für die transatlantische Zusammenarbeit der Geheimdienste von sich weist.

Die Beteiligung an einer Regierungskoalition ist für Die Linke lebenswichtig, wenn sie nicht allmählich in völliger Bedeutungslosigkeit versinken will. Wer aber gibt uns die Garantie, daß nicht in irgendeiner Weise – wenn es knapp wird – von den Stimmen der Linkspartei Gebrauch gemacht wird, und sei es nur in Form einer Tolerierung?

Um das zu verhindern, ist eine hohe Wahlbeteiligung wichtig, denn diese würde die Werte der Linken relativieren und so auch dem Wunsch der UOKG entsprechen, die Nachfolgepartei der SED nicht eines Tages in der Regierung sehen zu müssen.

Hans-Peter Schudt

Dokumentiert

Hauptsache neutral

Eine Ratsanfrage von Petra Zais, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, im Stadtrat von Chemnitz am 11.6.2013:

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte Sie, mir folgende Frage zu beantworten.

Das den Fragen zugrunde liegende Anliegen wurde durch einen Bürger an die Fraktion gerichtet. In der im Jahr 1969 gebauten Haftanstalt in der Reichenhainer Straße 236 waren in den 1970er und 1980er Jahren auch politische Häftlinge des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR inhaftiert. Während an vielen solchen Orten Gedenktafeln für die Opfer angebracht wurden, fehlt ein solches Gedenken an der Reichenhainer Straße 236. Der Bürger schlägt deshalb das Anbringen einer Gedenktafel mit folgendem Text vor: „Auf diesem Gelände waren in der 1970er und 1980er Jahren auch politische Häftlinge des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR inhaftiert.“

1. Wie beurteilt die Stadt das Anliegen, an der Reichenhainer Straße 236 eine Gedenktafel anzubringen?
2. Welche Möglichkeiten hat die Stadt, diesem Anliegen zu entsprechen? (Verfahren, Kosten, Beteiligte etc.)

Mit freundlichen Grüßen, Petra Zais

Die Antwort vom 29.7.2013:

Sehr geehrte Frau Zais, die Beantwortung ihrer Anfrage bezüglich des Anbringens einer Gedenktafel an der Haftanstalt Reichenhainer Straße 236 wurde mir von der Oberbürgermeisterin übertragen. Eigentümer der Immobilie ist der Freistaats Sachsen, vertreten durch den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement. Bei ihm haben wir um eine Stellungnahme zu o.g. Thematik gebeten.

In einem Antwortschreiben vom 5.7.2013 wurde mitgeteilt, daß es eine Grundsatzentscheidung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen aus dem Jahr 2004 gibt, wonach dem Anbringen von Gedenktafeln oder ähnlichen Mahnmalen an landeseigenen Gebäuden grundsätzlich nicht zugestimmt wird. Begründet wird dies vom Freistaat damit, daß die öffentliche Verwaltung zu politischer und weltanschaulicher Neutralität verpflichtet ist.

Ich bitte dem Bürger, der sich an Sie gewandt hatte mitzuteilen, daß die Stadt Chemnitz nicht Eigentümerin der Immobilie ist und o.g. Festlegungen des Freistaates zu dem landeseigenen Gebäude bestehen.

Mit freundlichen Grüßen, Petra Wesseler, Bürgermeisterin

Fragen und Antworten

Die Wahlprüfsteine der UOKG zur Bundestagswahl 2013 und die Reaktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, FDP und SPD

Teil 2



Antworten der CDU/CSU (Fortsetzung)

Verbesserungen beim Erwerb landwirtschaftlicher Flächen im Sinne der Alteigentümer:

CDU und CSU haben mit dem 2. Flächenerwerbsänderungsgesetz Verbesserungen beim Erwerb landwirtschaftlicher Flächen im Sinne der Alteigentümer durchgesetzt. Sowohl der Gedanke der Verhältnismäßigkeit als auch die im Koalitionsvertrag formulierten „goldenen Regeln“ sind in dieses Gesetz eingeflossen. Seit März 2011 ist es in Kraft. Die Bodenverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft (BVVG) hat auf dieser Grundlage bisher 750 Verträge mit Alteigentümern über insgesamt knapp 18000 Hektar abgeschlossen. Der Kaufpreis liegt bei durchschnittlich 2300 Euro je Hektar, während der Verkehrswert, zu dem alle anderen Käufer landwirtschaftliche Flächen der BVVG erwerben, mittlerweile im Durchschnitt 13800 Euro je Hektar beträgt. Wie die bisher 2800 Erwerbsanträge von Alteigentümern zeigen, greifen diese durchaus auf die Möglichkeit zurück, landwirtschaftliche Flächen in den neuen Ländern preisbegünstigt zu erwerben und sind in der Regel mit der konkreten Abwicklung durch die BVVG zufrieden.

„Die Bernauer Straße nach dem Mauerbau“

Unter diesem Titel bietet das Dokumentationszentrum Berliner Mauer jeden Sonntag um 15.00 Uhr eine öffentliche Führung an. Die Führung dauert ca. eine Stunde und kostet drei Euro pro Person. Treffpunkt im neuen Besucherzentrum, Bernauer Str. 119/Ecke Gartenstraße (direkt gegenüber dem S-Bahnhof Nordbahnhof), 13355 Berlin

Insgesamt sind wir damit auf einem guten Weg, das Unrecht, das den Alteigentümern widerfahren ist, im Rahmen des Möglichen und Durchsetzbaren zu lindern.

Aufarbeitung von SED-Unrecht und das Gedenken an die Opfer der Diktatur:

Die Aufarbeitung von SED-Unrecht und das Gedenken an die Opfer der Diktatur gehören für CDU und CSU zu den tragenden Elementen der freiheitlichen Demokratie des wiedervereinigten Deutschlands. Gerade jungen Menschen wollen wir die Zeit der Teilung Deutschlands und die Ursachen und Folgen von Unterdrückung und Unrecht in der DDR durch verstärkte Anstrengungen zur geschichtlichen Aufarbeitung vermitteln.

Von großer Bedeutung sind für uns Gedenkstätten an den authentischen Orten, die die Erinnerung an die Opfer und die Folgen ideologischer Politik als Mahnung für die Zukunft wachhalten. Bund und Länder müssen für eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung sorgen. In dieser Wahlperiode haben CDU und CSU mit einer Erhöhung der Mittel um 50 Prozent dafür gesorgt, daß viele Einrichtungen verstärkt gefördert oder neu aufgebaut werden konnten, wie die Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße, die Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, das Deutsch-Deutsche Museum Mödlareuth, das Grenzlandmuseum in Teistungen, die Gedenkstätte Point Alpha, der Jugendwerkhof Torgau, das Stasi-Museum Runde Ecke Leipzig und die Dokumentationsstätte „Tränenpalast“ am Berliner Bahnhof Friedrichstraße.

Außerdem konnte nach umfangreichen Sanierungsarbeiten die ehemalige Stasi-Zentrale der DDR in der Normannenstraße in Berlin wiedereröffnet und im Juni 2011 ein bundesweites Zeitzeugenbüro eingerichtet werden. Dieses Büro fördert und koordiniert in Zusammenarbeit mit den vom Bund geförderten Einrichtungen und Gedenkstätten die Vermittlung von Zeitzeugen besonders an Schulen. Wir

wollen, daß der gesamte Zeitraum von SED-Diktatur und deutscher Teilung verbindlicher Bestandteil der Lehrpläne an den Schulen wird. Schüler sollen die Gelegenheit haben, im Rahmen von Klassenfahrten authentische Plätze, Ausstellungen und Gedenkstätten zu besuchen.

In den kommenden Jahren werden wir mit dem Einheits- und Freiheitsdenkmal, das auf der Berliner Schloßfreiheit errichtet wird, dauerhaft an die Deutsche Einheit erinnern. Zugleich werden wir dem gewaltfreien Widerstand des Herbstes 1989 in Leipzig ein eigenes Gesicht geben und an die auf den Montagsdemonstrationen nach Freiheit strebenden Menschen mit einem Denkmal erinnern.

Weitere Aufarbeitung der SED-Diktatur:

Die Aufarbeitung von SED-Unrecht muß fortgesetzt werden. Wir setzen uns dafür ein, daß der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR seiner Aufgabe auch künftig uneingeschränkt nachkommen kann. Die umfassende Aufdeckung des Geschehenen schulden wir nicht nur den Opfern und ihren Angehörigen, sondern auch nachfolgenden Generationen. Unterstützt wird der Bundesbeauftragte durch den Beirat. Ihm gehören acht Mitglieder aus Kultur und Wissenschaft, Verbänden und Politik an, die vom Deutschen Bundestag gewählt werden sowie neun Mitglieder, die von den jeweiligen Landtagen in den neuen Ländern gewählt werden. Die Arbeit der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur ist unverzichtbar sowohl für die Erforschung und Aufarbeitung als auch zur Unterstützung der Opfer. Nicht zuletzt dient sie der Wissensvermittlung. Insbesondere die junge Generation muß wissen, wie die Diktatur in der DDR funktionierte. Wir wollen daher auch in den kommenden Jahren sicherstellen, daß die Stiftung Aufarbeitung ihre verdienstvolle Arbeit fortführen kann.

Eine weitere Enquete-Kommission zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur ist nicht geplant. Mit dem Thema werden sich CDU und CSU aber weiterhin sehr intensiv befassen.



Antworten der FDP

I. Rehabilitation und Entschädigung

Die FDP nimmt das Schicksal der Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft ernst und erkennt die Bedeutung des Einsatzes der Betroffenen bei ihrem Widerstand gegen die zweite deutsche Diktatur an. Daher haben wir bereits in den neunziger Jahren das erste und zweite SED-Unrechtsbereinigungsgesetz auf den Weg gebracht. In dieser Legislaturperiode haben wir die Vorschriften zur Rehabilitation und materiellen Entschädigung verbessert und deren Anwendungsbereich ausgeweitet. Wir haben:

- die von einigen Landesverwaltungen praktizierten turnusmäßigen und anlaßunabhängigen Einkommensüberprüfungen nun ausdrücklich im Gesetz verboten.
- die Antragsfristen auf Rehabilitation im Strafrechtlichen, Verwaltungsrechtlichen und Berufsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz um weitere acht Jahre bis zum 31.12.2019 verlängert.
- Opfer, die in einem Heim für Kinder und Jugendliche sowie in Jugendwerkstätten untergebracht waren, in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufgenommen.
- die Härtefallklausel des § 19 StrRehaG auch auf die besondere Zuwendung ausgeweitet, um Ungerechtigkeiten aufgrund willkürlicher Verwaltungsentscheidungen der DDR zu vermeiden. Das soll insbesondere Fälle erfassen, in denen die Haftdauer von 180 Tagen kurzfristig unterschritten wurde, etwa wegen der Praxis der Haftentlassungstage.
- den Gedanken der Ehrenpension stärker herausgestellt, indem Straftäter, die rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verur-

teilt werden, künftig von der Zahlung der Opferpension ausgeschlossen sind.

- Zuwendungsberechtigte mit Kindern besser gestellt und einen Kinderfreibetrag geschaffen, damit das Kindergeld künftig nicht mehr als Einkommen angerechnet wird.

Unsere Beschlußlage bezüglich der Einführung einer einkommensunabhängigen Opferpension und Beweiserleichterungen beim Nachweis von durch die Verfolgung erlittenen Gesundheitsschäden besteht fort. Ob es in der nächsten Legislaturperiode für die Umsetzung dieser Forderungen eine politische Mehrheit geben wird, läßt sich derzeit nicht abschätzen.

Wir möchten Ihnen versichern, daß die FDP auch über 20 Jahre nach der Deutschen Einheit nicht nachlassen wird, die Aufarbeitung dieses Kapitels unserer Geschichte weiter voranzutreiben. Wir sind noch nicht am Ende der Wiedergutmachung angelangt und müssen weiter daran arbeiten, daß die Stellung der Stasi-Opfer vor allem aus gesellschaftspolitischer Sicht verbessert wird. Dafür werden wir uns in unserer weiteren parlamentarischen Arbeit engagiert einsetzen.

II. Bis heute fortwirkendes Unrecht

1. Die DDR-Übersiedler wurden mit dem Rentenüberleitungsgesetz rückwirkend dem Beitrittsgebiet zugeordnet, dem sie ursprünglich angehört hatten. Gedenken Sie für diese Betroffenen etwas zu tun? Kommt es für Sie in Frage, den Status quo ante wiederherzustellen?

Für die rentenrechtliche Problematik ehemaliger DDR-Flüchtlinge bei der Rentenüberleitung hat die FDP Verständnis. Wir setzten uns in der Koalition weiterhin für eine Lösung ein. Die FDP hat bereits in der letzten Legislaturperiode im Bundestag einen Lösungsansatz für die komplexe Problematik vorgeschlagen. Der Antrag sucht die Lösung im Rahmen einer Nachversicherungsmöglichkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung. Die FDP ist jedoch offen für alternative Möglichkeiten, um Nachteile bei der Rentenüberleitung auszugleichen.

2. Die Entschädigung der Opfer der sogenannten Bodenreform war in keiner Weise zufriedenstellend. Was gedenken Sie für diese Personengruppe zu tun?

Die FDP setzt sich nach wie vor für die Entschädigung der Opfer der Enteig-

nungen im Rahmen der sogenannten Bodenreform in der SBZ von 1945 bis 1948 ein. Wir haben mit dem zweiten Flächenerwerbsänderungsgesetz Änderungen zugunsten der Alteigentümer erreicht, insbesondere die Festlegung des Stichtages zur Preisermittlung der zu erwerbenden Flächen. Dies hat bereits dazu geführt, daß Alteigentümer ein Nachschlagsrecht erhalten haben und weitere Flächen erwerben konnten.

Die FDP ist über die gesamte Zeit der Wahlperiode für weitergehende Änderungen (z.B. Privatisierungsmoratorium der BVVG, Aufhebung des Kumulationsverbots von Pächter- und Alteigentümergewerb sowie Aufhebung des Verbots des gleichzeitigen Erwerbs von landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Flächen) eingetreten, für die mit der Union jedoch eine parlamentarische Mehrheit zu unserem Bedauern nicht erreichbar war. Wir werden weiter versuchen, Änderungen im Interesse der Alteigentümer zu verwirklichen.

III. Die öffentliche Wahrnehmung und Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft

1. Wie stehen Sie zu dem Vorhaben, ein zentrales Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft zu errichten? Welchen Beitrag können Sie hierzu leisten?

Die FDP steht diesem Vorhaben positiv gegenüber.

2. Welchen Beitrag können Sie leisten, damit das Leid der Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft besser gewürdigt werden kann?

Die FDP war in der vergangenen Legislaturperiode treibende Kraft bei der SED-Aufarbeitungspolitik der schwarz-gelben Koalition. Wir geben den Opfern kommunistischer Gewaltherrschaft im Bundestag eine laute Stimme und sorgen damit dafür, daß ihre Anliegen in der Öffentlichkeit noch stärker wahrgenommen werden.

Beispiel DDR-Zwangsarbeit: Für die Aufarbeitung dieses Unrechts setzt sich die FDP im Bundestag als einzige Fraktion ein – keine andere Fraktion ist hier bislang auch nur ansatzweise aktiv geworden. Unter anderem führten wir dazu eine Veranstaltung im Bundestag durch. Daß die gründliche und vorurteilsfreie

Aufarbeitung der DDR-Zwangsarbeit an Fahrt aufgenommen hat, ist maßgeblich auch ein Verdienst der FDP. Weitere Initiativen wie die Verlängerung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes oder die Verbesserungen bei der Stasi-Opfer-Rente hat die FDP energisch vorangetrieben. Auch in Zukunft wird sich die FDP dafür einsetzen, daß die vielen Facetten des DDR-Unrechts auf der politischen Tagesordnung bleiben, über sie informiert wird und die Opfer des SED-Unrechts als Vorkämpfer für Freiheit und Demokratie politisch wie gesellschaftlich stärker gewürdigt werden.

3. Welchen Beitrag können Sie leisten, damit Vertreter von Opferverbänden besser in Entscheidungsgremien einbezogen werden, die mit der Thematik der DDR-Aufarbeitung befaßt sind?

Wir halten es für sehr wichtig, Richtungsentscheidungen in Sachen DDR-Aufarbeitung nur unter Abstimmung mit den Opfern zu fällen. Daher werden wir uns auch in Zukunft dafür einsetzen, daß Opfervertreter bei der Einrichtung von Entscheidungsgremien nicht übergangen werden. Beispielsweise müssen Opfervertreter unbedingt involviert sein, wenn in der kommenden Legislaturperiode eine Kommission über die Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde berät.

4. Wie kann die Geschichte der DDR und des Kommunismus im allgemeinen zukünftig besser in staatlichen Bildungseinrichtungen vermittelt werden?

Durch die Einrichtung des Koordinierenden Zeitzeugenbüros stärkte Schwarz-Gelb in dieser Wahlperiode die Vermittlung des DDR-Unrechts an Schulen deutlich. Zeitzeugen der SED-Diktatur können Unrecht und Verfolgung konkret und anschaulich machen. Vor allem bei jungen Menschen kann so Interesse an der jüngeren Geschichte geweckt werden, mit dem Ziel, daß diese sich niemals wiederholt. Allein im Jahr 2012 vermittelte das Zeitzeugenbüro über 500 Zeitzeugeneinsätze in Bildungseinrichtungen. Dabei erreichten die Zeitzeugen über 22 000 Teilnehmer. Die FDP wird daher die Arbeit des Zeitzeugenbüros weiterhin unterstützen und sicherstellen. Erstrebenswert ist auch eine stärkere Verankerung dieses Teils der deutschen Diktaturgeschichte in den Lehrplänen und damit im Schulunterricht. Es liegt in der Verantwortung der zuständigen Bundesländer, hier aktiv zu werden.

5. Sind Sie dafür, das Zeigen totalitärer Symbole aus der Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft in der Öffentlichkeit zu verbieten?

Gerade in Berlin geschieht es zum Zwecke der Touristenbelustigung häufig, daß Uniformen von Streitkräften und Sicherheitsorganen der ehemaligen DDR öffentlich getragen werden. Gerade an geschichtlich sensiblen Orten wie dem Brandenburger Tor oder bei anderen ehemaligen Grenzanlagen ist dies zu beobachten. Auch andere kommunistische Symbole sind im Straßenbild – oder mitunter an den Bundestagsbüros der linken Oppositionsparteien – zu sehen. All dies ist geschmacklos und wird von vielen Opfern als Verharmlosung empfunden. Die FDP will gegen diese unreflektierte Verwendung sozialistischer Symbole vorgehen – dazu schalteten wir auch das Bundesjustizministerium ein. Allerdings zeigt sich, daß ein strafrechtliches Verbot des Zeigens dieser Symbole kaum umsetzbar ist. Da das Strafrecht an dieser Stelle nicht greift, muß jede Verharmlosungsgefahr durch Aufarbeitung, Aufklärung und politische Bildung bekämpft werden. Unter Federführung der FDP stärkte Schwarz-Gelb in der 17. Wahlperiode all diese Bereiche und wird auch in Zukunft in Sachen DDR-Aufarbeitung und -Aufklärung nicht nachlassen.

IV. Die Sicherung der Existenz von Institutionen der DDR-Aufarbeitung

1. Was können Sie tun, um die Unabhängigkeit und die Arbeitsfähigkeit des Dachverbandes der SED-Opfer und anderer Opferverbände zukünftig sicherzustellen?

Die Opferverbände der SED-Geschädigten sind für die deutsche Aufarbeitungslandschaft sehr wichtig und für die FDP erste Ansprechpartner in allen Fragen der Aufarbeitung des DDR-Unrechts. Die FDP schätzt und respektiert die Arbeit der Opferverbände sowie ihre kritische Begleitung des politischen Geschehens in Sachen DDR-Aufarbeitung. Ihr oftmals ehrenamtlicher Einsatz, um die Erinnerung an die Schrecken der sozialistischen Diktatur in der DDR wachzuhalten, verdient allerhöchste Anerkennung. Auch in Zukunft wird sich die FDP für die Belange der Opfer einsetzen und ihr parlamentarisches Handeln eng mit den Opferverbänden abstimmen.

2. Inwieweit ist hier eine institutionelle Förderung durch den Bund denkbar?

Allein der Bund fördert die geschichtliche Aufarbeitung der DDR-Diktatur bereits heute mit weit über 100 Millionen Euro pro Jahr. Im Zuge dessen erfordern Schuldenabbau und Haushaltskonsolidierung von jeder Bundesregierung strikte Ausgaben Disziplin und den Ausgleich neuer Ausgaben durch Einsparungen an anderer Stelle. Neue Förderungen, die zu Lasten wichtiger Bereiche der DDR-Aufarbeitung wie beispielsweise der Gedenkstättenförderung (z.B. Hohenschönhausen, Torgau) gehen könnten, sieht die FDP skeptisch. Für neue institutionelle Förderungen gibt es außerdem oft keine Mehrheit – vielmehr regt sich großer parlamentarischer Widerstand.

3. Wie kann die Arbeit der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zukünftig dauerhaft gesichert werden?

Mit der FDP wird es ein Zurückfahren der Aufarbeitungsanstrengungen nicht geben. Alle drei genannten Institutionen sind unverzichtbare Anker in der Aufarbeitungslandschaft, für deren Fortbestand und ausreichende Finanzierung wir uns weiterhin einsetzen werden.

4. Wie sehen Sie die Zukunft der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über das Jahr 2019 hinaus? Was halten Sie von dem von Roland Jahn vorgeschlagenen „Campus der Demokratie“?

Durch die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes hat die schwarz-gelbe Koalition die Möglichkeit der Überprüfung von Beschäftigten im öffentlichen Dienst auf eine frühere Stasi-Tätigkeit bis zum 31. Dezember 2019 verlängert und den überprüfbaren Personenkreis ausgeweitet. Überprüfungen müssen auch über 2019 hinaus möglich bleiben, solange sich Täter und Opfer des Stasi-Regimes im Berufsleben begegnen können. Außerdem erfolgte in den vergangenen Jahren ein erneuter Anstieg der Antragszahlen auf Akteneinsicht. Dies belegt das nach wie vor große Interesse der Menschen an der Aufarbeitung der persönlichen Geschichte. Akteneinsicht muß auch in Zukunft solange möglich sein, wie der Bedarf an dieser besteht. Inwiefern dies sichergestellt werden kann und ob es dafür einen Fortbestand der Stasi-Unterlagen-

Behörde über 2019 hinaus benötigt, muß in der nächsten Legislaturperiode eine Perspektivkommission klären. Entscheidend ist, daß die von der Stasi-Unterlagen-Behörde erbrachten Leistungen auch in Zukunft sichergestellt sind.

Die FDP unterstützt ausdrücklich die Überlegungen des Bundesbeauftragten, das Stasi-Areal in der Berliner Normannenstraße zu einem „Campus für Demokratie“ weiterzuentwickeln. Durch die schwarz-gelbe Koalition konnte bereits das Haus 1 der ehemaligen Stasi-Zentrale für 11 Millionen Euro renoviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die FDP bestärkt Roland Jahn darin, an seinen Plänen für die weitere Entwicklung des Areals hin zu einem Lernort für Demokratie, an dem auch verschiedene Aufarbeitungsinstitutionen angesiedelt sind, festzuhalten.

5. Befürworten Sie die Einsetzung einer Enquete-Kommission des Bundestages zur Überprüfung des bisherigen Prozesses der Deutschen Einheit im Blick auf die Probleme und Hinterlassenschaften aus der Zeit der kommunistischen Gewaltherrschaft?

Die größte Herausforderung in der Aufarbeitung des DDR-Unrechts in den nächsten Jahren ist die inhaltliche Vermittlung gegenüber einer Generation, die aufgrund ihres jungen Alters keine eigenen Erfahrungen mit der deutschen Teilung besitzt. Hierbei wollen wir Liberalen die Aufarbeitungsinstitutionen unterstützen.

Ein besonderer Schwerpunkt wird in den kommenden Jahren auch die Entscheidung über die zukünftige Struktur der Stasi-Unterlagen-Behörde einnehmen. Wir befürworten dafür das Einsetzen einer Perspektivkommission, um unter breiter Beteiligung diese Frage diskutieren zu können. Erst wenn Sicherheit über die Zukunft der Stasi-Unterlagen-Behörde besteht, kann sinnvoll Bilanz über den bisherigen Einigungsprozeß gezogen werden. Außerdem hat Schwarz-Gelb mit dem Bericht der Bundesregierung zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur (BT-Drs. 17/12115) in dieser Legislaturperiode ein umfangreiches Resümee der bisherigen Anstrengungen geliefert. Wir werden uns weiterhin für die Fortsetzung des Berichts einsetzen. Die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ hat darüber hinaus

bereits in der Vergangenheit viele Erkenntnisse geliefert. Zudem haben wir es – auf Initiative der FDP – in Brandenburg ermöglicht, eine Enquete-Kommission zum Thema „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ einzurichten. Die bisherige Arbeit der Enquete-Kommission in Brandenburg belegt, daß vor allem auf Landesebene der Prozeß der Aufarbeitung intensiviert werden muß.



Antworten der SPD

I. Rehabilitierung und Entschädigung

Das unter Mitwirkung der SPD im Jahr 2007 beschlossene Dritte Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer politischer Verfolgung in der DDR (3. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz) hat vielen Betroffenen den Zugang zur Rehabilitierung politischen Unrechts erleichtert. Anspruchsberechtigt sind Personen, die nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz rehabilitiert wurden und länger als 6 Monate in Haft waren. Inzwischen erhalten ca. 40 000 Betroffene eine Opferrente. Dies stellt für viele Betroffene eine Verbesserung dar. Darüber hinaus gehende Rentenzahlungen und Rehabilitierungsregeln sind im SPD-Wahlprogramm nicht vorgesehen.

II. Bis heute fortwirkendes Unrecht

Die SPD möchte eine Regelung für Bestandsübersiedler schaffen, die vor dem Mauerfall ihren Wohnsitz in der Bundesrepublik Deutschland hatten. Es ist zu gewährleisten, daß die Rentenansprüche von Altübersiedlern, die nach dem 31. Dezember 1936 geboren und bis zum Fall der Mauer am 9. November 1989 in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind, nach den Tabellenwerten 1 bis 16 des FRG zu bewerten sind. Die beste-

hende Vertrauensschutzregelung nach § 259a SGB VI bleibt bestehen, muß aber entsprechend ergänzt werden. Die neue Regelung soll dem Flüchtlings- bzw. Übersiedlerstatus Rechnung tragen. Damit genießen auch jene Übersiedler Vertrauensschutz, die tatsächlich noch nicht mit der Auflösung der DDR und der Wiedervereinigung rechnen konnten.

Weitergehende Entschädigungsregelungen im Zusammenhang mit der sogenannten Bodenreform sind im SPD-Wahlprogramm nicht vorgesehen.

III. Die öffentliche Wahrnehmung und Aufarbeitung der kommunistischen Gewaltherrschaft

Den Vorschlag und die Debatte um ein Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft nehmen wir ernst. Es bedarf aber einer intensiven und breiten Diskussion über Ziel, Inhalt, Form und Ort eines solchen Mahnmals. Bereits jetzt beteiligen sich Parlamentarier der SPD an dieser Debatte. Dieser Prozeß wird konstruktiv fortgesetzt.

Wir unterstützen das Anliegen einer Verbesserung der Geschichtsvermittlung in staatlichen Bildungseinrichtungen. Forderungen nach Verboten von Symbolen der DDR sind im Wahlprogramm der SPD nicht vorgesehen. Diese Debatte muß unter Berücksichtigung der Fragen der Vergleichbarkeit und Angemessenheit in Bezug auf bestehende Verbote für Symbole aus der Zeit der NS-Diktatur geführt werden.

Im SPD-Wahlprogramm heißt es dazu: „Das Gedenken an die beiden deutschen Diktaturen darf weder zu einer Relativierung der NS-Terrorherrschaft führen, noch darf das Unrecht der SED-Diktatur bagatellisiert werden.“

IV. Die Sicherung der Existenz von Institutionen der DDR-Aufarbeitung

Orte und Institutionen zur DDR-Aufarbeitung sind wichtige Bestandteile der demokratischen Kultur in unserem Land. Im SPD-Wahlprogramm heißt es dazu: „Die SPD bekennt sich zur Aufarbeitung des SED-Unrechts und will diese fortentwickeln. Wir werden eine Expertenkommission einsetzen, um die bisherige Arbeit der Stasi-Unterlagenbehörde zu evaluieren und Vorschläge zu deren Zukunft zu machen.“

(Den Beitrag stellte Florian Kresse zusammen.)

Raus aus den Schulden

Kürzeres Restschuldenbefreiungsverfahren und P-Konto

Mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Drucksache 17/1268 – soll ein Gesetz zur Verkürzung des Restschuldbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte geschaffen werden. Ausgehend davon, daß die Dauer des Restschuldbefreiungsverfahrens seit seiner Einführung im Jahre 1999 umstritten und im europäischen Vergleich verhältnismäßig lang ist, sieht der Gesetzentwurf vor, dieses vorzeitig, in der Regel nach drei Jahren, zu beenden, wenn die betroffenen Schuldner in dieser Frist 35 Prozent der bestehenden Forderungen begleichen oder zumindest die Kosten des Verfahrens tragen. Das heißt, dieses Gesetz ermöglicht den Schuldnern, früher als bisher aus den Miesen zu kommen. Bei einer Privatinsolvenz sollen ihnen die Restschulden statt nach sechs bereits nach drei Jahren erlassen werden, sofern sie obengenannte Bedingungen erfüllt haben. Bisher durften die Schuldner über einen Zeitraum von sechs Jahren monatlich etwas über 1000 Euro behalten, was sie darüber hinaus verdienten, ging an die Gläubiger. Zu bemerken wäre noch, daß dieses Gesetzesvorhaben bereits im Vorfeld stark kritisiert wird, natürlich von den Banken, die Millionenverluste pro Jahr erwarten, aber auch von den Verbraucherschützern, die eine 35prozentige Rückzahlung in der Regel für nicht machbar halten. Jeder von ihnen hofft auf den Bundesrat, der zwar

nicht zustimmen muß, aber den Vermittlungsausschuß anrufen kann.

In diesem Zusammenhang noch einmal einige Hinweise zu dem Pfändungsschutzkonto, kurz P-Konto genannt. Es ist ja bekannt, daß viele ehemalige politische Häftlinge sich am Existenzminimum bewegen, und nicht wenige von ihnen großen finanziellen Belastungen ausgesetzt sind, die aus ihrer Vergangenheit herrühren. Bereits seit dem Jahr 2012 ist der Pfändungsschutz nach bisherigem Recht weggefallen. Das heißt auch, das Girokonto kann restlos gepfändet werden. Deshalb ist es wichtig zu wissen, daß öffentlich-rechtliche Gläubiger (z.B. Finanzämter) direkten Zugriff auf das Girokonto haben und nicht wie andere Gläubiger (z.B. Verkäufer) eine Kontopfändung nach bestimmten Mahnfristen vor Gericht durchsetzen müssen. Das Problem dabei ist, wenn ein Konto erst einmal blockiert ist, tun sich schnell neue Probleme auf. Daueraufträge und Lastschriften werden nicht mehr ausgeführt, und am Automaten gibt es kein Geld mehr. Auf diese Weise kommt oft die Schuldenspirale erst richtig in Gang. Damit sichergestellt ist, daß dies nicht passiert, daß Inhaber gepfändeter Konten trotzdem ihre Wohnung, Strom und Essen bezahlen können, ist es unbedingt notwendig, das bestehende Girokonto in

ein P-Konto umwandeln zu lassen. Dann kann jeder Schuldner noch über den Grundfreibetrag (Sockelbetrag) in Höhe von 1045,04 Euro verfügen.

Ist das P-Konto mit der Bank vereinbart, gewährt es einen automatischen Schutz, der bereits vor einer konkreten Pfändung im System der kontoführenden Bank hinterlegt ist. Außerdem kommt es auf die Art der Einkünfte und auf den Zeitpunkt des Zahlungseingangs nicht mehr an. Der Basispfändungsschutz auf dem P-Konto erhöht sich automatisch z.B. bei Unterhaltsverpflichtungen. Die genaue Art der freibetragserhöhenden Einkünfte muß der Bank gegenüber durch Vorlage entsprechender Bescheinigungen nachgewiesen werden. Des weiteren gibt es beim P-Konto auch die Möglichkeit, kleinere Beträge anzusparen. Wird das pfändungsgeschützte Guthaben im laufenden Monat nicht ausgegeben, wird der Rest in den Folgemonat übertragen, allerdings nur einmal. Für den Fall, daß unerwartet eine Pfändung ins Haus steht, ein P-Konto aber nicht eingerichtet ist, sollte dies umgehend veranlaßt werden. Wenn die Umwandlung in ein P-Konto innerhalb von vier Wochen seit Eingang des Gerichtsbeschlusses bei der Bank abgeschlossen ist, gilt nämlich der Pfändungsschutz bereits für den Monat der Pfändung. Nähere Auskünfte zu dieser Problematik werden erteilt unter Tel. (030) 55 49 63 34.

Elke Weise, Juristin, BSV Förderverein

Härtefälle statt „Doppelleistung“

In der Ausgabe 4/2013 baten wir um Unterstützung der aktuellen UOKG-Petition (Petitionsnummer pet 4-17-07-350-049108).

Kürzlich leitete uns der Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages eine Stellungnahme des Bundesministeriums der Justiz zu, in der es heißt: „Die Gewährung von Unterstützungsleistungen (der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge) und die Gewährung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer an ein und dieselbe Person hat der Gesetzgeber bewußt ausdrücklich ausgeschlossen... Dies ist rechtssystematisch überzeugend. Eine ‚Doppelleistung‘ kann nicht befürwortet werden, weil sie innerhalb des Rehabilitierungsrechts im Vergleich zu den anderen existierenden Entschädigungsformen für Opfer der SED-Diktatur (z.B. Kapitalentschädigung für Haftzeiten, Beschä-

digtenversorgung, Ausgleichsleistungen, Nachteilsausgleich in der Rentenversicherung) unverhältnismäßig wäre.“

Die UOKG hat nun ihrerseits dazu gegenüber dem Petitionsausschuß folgende Stellungnahme abgegeben: „Der vom Bundesministerium der Justiz bezüglich unserer Petition vorgebrachten Position, daß die Gewährung von Unterstützungsleistungen der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge und die Gewährung der Besonderen Zuwendung für Haftopfer an ein und dieselbe Person generell eine unverhältnismäßige ‚Doppelleistung‘ darstellen würde, können wir nicht zustimmen.“

Die UOKG-Petition thematisierte vielmehr ausschließlich die Problemlage von Betroffenen, die sich in einer aktuellen Notsituation befinden, obwohl sie die Besondere Zuwendung für Haftopfer

erhalten. Die UOKG fordert eine Sonderregelung bzw. Änderung der Durchführungsbestimmung, die es der Stiftung für ehemalige politische Häftlinge zukünftig erlauben würde, in einzelnen, besonders schweren Härtefällen Unterstützungsleistungen an notleidende Betroffene ausbezahlen, obwohl diese bereits Bezahler der Besonderen Zuwendung sind.

Da davon auszugehen ist, daß eine solche spezielle Betroffenenengruppe zahlenmäßig sehr überschaubar und somit der Umfang der einzusetzenden finanziellen Mittel klar zu begrenzen ist, sollte es nach unserer Auffassung möglich sein, zu einer Problemlösung zu kommen.“

Aufgrund dieser Stellungnahme der UOKG wurde der Vorgang jetzt den als Berichterstatter eingesetzten Abgeordneten zugeleitet.

Carola Schulze

Stalin und der Korea-Krieg

Der im Juni 1950 erfolgte Kriegsüberfall des kommunistischen Nord-Koreas auf den westlich orientierten Süden wird oft als primär innerkoreanisches Problem abgetan, bei dem die spätere Beteiligung chinesisch-kommunistischer Armeeeinheiten

gannen sowjetische „Berater“ mit dem Aufbau nordkoreanisch-kommunistischer Streitkräfte und hinterließen bei ihrem Abzug 1948 eine starke, mit russischen Panzern und Kampfflugzeugen ausgerüstete Armee. Bereits 1949 bat Kim Il-sung bei Stalin um weitere Waffenhilfe und um Zustimmung zu einer kommunistischen „Befreiung“ Südkoreas, welche dieser ablehnte – hatte er doch gerade in Berlin die Standhaftigkeit der Amerikaner erfahren müssen. Doch als beim dritten Kreml-Besuch im März 1950 der



1950 flohen 2,5 Millionen Nord-Koreaner, das war jeder achte, nach Süd-Korea.

allerdings ebenfalls von Bedeutung war. Daß bei all diesen Vorgängen Stalin im fernen Moskau eine entscheidende Rolle spielte, ist durchweg unbekannt, obwohl die Memoiren Chruschtschows vieles enthüllten und gerade in den letzten Jahren manche Archive in Washington und Seoul geöffnet wurden.

Nach der Kapitulation Japans 1945, auch im annektierten Nord-Korea – wurde dieses von Sowjettruppen besetzt. In Folge dieser Besetzung kam Kim Il-sung in der Uniform eines russischen Majors nach Seoul. Mitte Oktober stellte ein Moskauer Generalmajor ihn als neuen Führer Koreas vor. Daß dies ohne Weisung Stalins erfolgte, ist nach den allgemeinen Erfahrungen nicht anzunehmen. Wie in allen osteuropäischen Staaten entstand auch hier mit Hilfe sowjetischer Bajonette eine kommunistische Diktatur. Sehr bald be-

volutionäre Lage“ vorgaukelte, willigte Stalin in einen Kriegsüberfall ein, unter ausdrücklicher Betonung, die UdSSR werde sich nicht an einem Krieg gegen die USA beteiligen. Mit dieser Zustimmung erhoffte er sich ohne eigenen Einsatz ein sowjetisch-kommunistisches Korea, das ein starkes Bollwerk gegen den Erzfeind Japan und – seinem überaus starken Mißtrauen geschuldet – auch in Asien einen Gegenpol zum aufkommenden kommunistischen Rivalen Mao Tse-tung bildete.

Als dann die US-Truppen mit den UN-Einheiten die nordkoreanischen Soldaten bis zum Yalu-Grenzfluß zu China zurückdrängten und diese kurz vor ihrer endgültigen Vernichtung standen, nahm Peking angesichts seiner vielen inneren Probleme anfangs eine neutrale Haltung ein. Doch während des Besuchs des chinesischen Außenministers Tschou En-lai bei Stalin

vom 20. bis 22. Oktober 1951 gab dieser den „Ratschlag“, was einem Befehl gleichkam, gegenüber den bedrängten Genossen in Nord-Korea proletarischen Internationalismus zu üben und ihnen mit Streitkräften zu helfen. Es sei für alle Kommunisten ein Krieg gegen die Imperialisten und somit nach der kommunistischen Lehre ein „gerechter Krieg“. Gewiß verfolgte Stalin – wiederum ohne eigene Beteiligung – damit sein Ziel eines sowjetisch-kommunistischen Koreas, zugleich aber wollte er seinen kommunistischen Konkurrenten in Asien schwächen. Daß dieser bei den Kämpfen mit den UN-Einheiten und den US-Verbänden hohe Verluste erleiden würde wie auch enorme Belastungen bei seinem Wirtschaftsaufbau hinnehmen müßte, lag auf der Hand. Tatsache ist jedenfalls, daß Peking einen Tag nach Tschou En-lais Rückkehr erste Truppen nach Nord-Korea entsandte.



Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens.

Erst viel später, bei den großen Differenzen zwischen Peking und Moskau, war einem Schreiben vom 29.2.1964 des ZK der KP China an die KPdSU zu entnehmen, daß sie das zu dieser Zeit gelieferte Rüstungsmaterial nicht gratis erhielt, sondern Moskau zahlen mußte! Verbittert heißt es darin weiter, China habe einen hohen Blutzoll gezahlt, während die Sowjetunion nur zuschaute...

Schließlich mußte auch ein Stalin erkennen, daß sein Ziel in Form eines sowjetisch-kommunistischen Koreas nicht zu erreichen war. Wie bereits bei der Berliner Luftbrücke stellte er sich nunmehr als „Friedensstifter“ hin und trat für ein Ende der Konflikte ein. Auch wenn die kommunistischen Militäreinheiten an bestimmten Front-Abschnitten Erfolge zu erzielen glaubten, gingen die Kämpfe weiter. Zu einem Waffenstillstand kam es erst nach Stalins Tod.

Friedrich-Wilhelm Schломann

Zitate der Zeit

US-Präsident Harry Truman 1950: „Im Moment ist Korea die Front im Kampf zwischen Freiheit und Tyrannei. Es ist aber Teil eines größeren Kampfes, mit dem eine Welt geschaffen werden soll, in der Gerechtigkeit und Frieden herrschen.“

Walter Ulbricht in Ost-Berlin: „Korea lehrt, daß eine solche Marionettenregierung wie die in Südkorea oder man kann auch nennen die in Bonn, früher oder später doch vom Willen des Volkes hinweggefegt werden.“

General Douglas MacArthur 1951 vor dem amerikanischen Kongreß: „Einige wollen aus unterschiedlichen Gründen Rot-China mit einer Appeasement-Politik begegnen. Sie verschließen die Augen vor der Geschichte, die gelehrt hat, daß Appeasement einen wesentlich blutigeren Krieg zur Folge hat.“

US-Präsident Dwight D. Eisenhower 1953: „Wir haben auf einem einzigen Schlachtfeld einen Waffenstillstand erreicht, keinen Frieden in der Welt. Noch dürfen wir nicht ausruhen, uns sicher fühlen oder in unseren Anstrengungen nachlassen.“

Diktatur nimmt den Menschen ihr wertvollstes Gut

Ein Gespräch mit Marita Pagels-Heineking, Landesbeauftragte für die Stasiunterlagen (LStU) in Mecklenburg-Vorpommern von 2008 bis 2013

stacheldraht: Sie waren von 1991 bis 2008 Außenstellenleiterin des Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen in Neubrandenburg. Wie haben Sie die Behörde des LStU vorgefunden, als Sie das Amt 2008 übernahmen?

Pagels-Heineking: Die Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in den meisten ostdeutschen Bundesländern wurden ja 1992 auf Vorschlag des Bundesbeauftragten eingerichtet, um ihn in seiner Arbeit auf regionaler Ebene zu unterstützen. Damals ging es vor allem um die Frage, wer die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit verwaltet, sichtet, den Zugang gewährleistet und sich um die Opfer der Stasi kümmert. Ich kenne den LStU in MV seit seiner Gründung. Ich wußte also, was mich erwartet: eine sehr kleine Behörde, die eine Menge zu leisten hat. Damals gab es neben der Büroleitung nur zwei Sachbearbeiter und eine Menge an Aufgaben, die sich im Laufe der Zeit angesammelt hatten. Am Ende meiner Amtszeit sind nicht nur die Aufgaben vielfältiger geworden, die LStU kümmert sich in MV auch um die ehemaligen Heimkinder, die Zahl der Mitarbeiter hat sich mehr als verdoppelt. Das ist zwar immer noch nicht befriedigend, vor allem strukturell müßte sich etwas ändern, um in den nächsten Jahren erfolgreich arbeiten zu können, aber im Rückblick betrachte ich meine Amtszeit als erfolgreich.

stacheldraht: Wie ist aus Ihrer Sicht die Bewältigung der DDR-Vergangenheit über die Jahre vorangekommen? Was hat sich verändert, welche Sicht gibt es aktuell auf die DDR-Diktatur? Welche eigenen Schwerpunkte habe Sie während Ihrer Amtszeit setzen können?

Pagels-Heineking: Wenn man sich den Prozeß der Bewältigung der kommunistischen Diktatur im internationalen Vergleich anschaut, dann haben wir alle etwas Großartiges geleistet. In vielen anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks gibt es eine viel größere Kontinuität der Eliten. Aber nicht nur für die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur können unsere Erfahrungen für andere wertvoll sein. Egal, welche Farbe eine Diktatur hat, sie nimmt den Menschen ihr wertvollstes Gut. Indem Diktatoren ihrem Volk die Freiheit verweigern, nehmen sie den Menschen

ihre Individualität und damit ihre Würde. Wir haben in den letzten 23 Jahren viel Kraft aufgewendet, um den Opfern der SED-Diktatur ihre Würde wiederzugeben. Dazu gehört die Möglichkeit, die eigene Akte einzusehen genauso wie die Forschung oder verschiedene Möglichkeiten und Wege von Entschädigung. Daß die DDR eine Diktatur war, bestreitet inzwischen niemand mehr. Nicht einmal eingefleischte SED-Kader möchten die DDR zurück haben. Es vergeht kein Tag, an dem nicht über die DDR-Vergangenheit berichtet wird. Natürlich gibt es unterschiedliche Auffassungen über einzelne Aspekte dieser Vergangenheit, aber für Meinungsvielfalt sind wir im Herbst 1989 unter anderem auf die Straße gegangen.

Daß wir auf diesem Weg nicht immer alles richtig gemacht haben, ist ebenso eine Binsenweisheit. Es war sicherlich ein Fehler, eine so starke Fokussierung auf den Dämon Stasi zuzulassen. Es war nicht nur die Stasi, die für das Funktionieren der Diktatur gesorgt hat. Aber ich finde, auch da sind wir auf einem guten Weg. In vielen Diskussionen und Publikationen geht es immer mehr um die Rolle, die andere Institutionen und Einrichtungen bei der Durchsetzung der Diktatur gespielt haben.

Was mir auch gut gefällt ist die Tatsache, daß sich immer mehr junge Leute für das Thema interessieren. Dafür gibt es sicher viele unterschiedliche Gründe, aber dieses Interesse bietet die Chance, auch in Zukunft etwas aus der Diktatur für die Demokratie zu lernen.

Und was Ihre Frage nach den eigenen Schwerpunkten betrifft, habe ich genau das in den letzten Jahren immer wieder zu transportieren versucht. Die SED-Diktatur bestand nicht nur aus dem ZK und der Stasi. Wir alle, die wir in der Diktatur gearbeitet und gelebt haben, haben auch unseren Beitrag zur Stabilisierung dieser Diktatur geleistet. Dem müssen wir uns stellen, diese Frage muß jeder für sich beantworten. Nur so kann es gelingen, die Funktionsmechanismen der Diktatur im Alltag sichtbar zu machen. Einen weiteren Schwerpunkt meiner Amtszeit habe ich auf die Förderung der regionalen Forschung gelegt. Über die Machtzentralen der Diktatur gibt es inzwischen ja aus-

reichend Forschungsliteratur. Da wird es auch in den nächsten Jahren keine grundlegend neuen Erkenntnisse mehr geben. Auf regionaler Ebene besteht aus meiner Sicht aber immer noch ein erheblicher Nachholbedarf. Mit der Förderung von Forschungsarbeiten zum Mecklenburgischen Staatstheater, zur Rolle der Stasi bei der „Freien Erde“ und zum Wirken der Macht der SED-Diktatur an der innerdeutschen Grenze habe ich wichtige Impulse setzen können. Ich bin sicher, daß sich diese Entwicklung auch in den nächsten Jahren fortsetzen und noch manche Überraschung zu Tage fördern wird.

stacheldraht: Vielerorts hört man derzeit die Ansicht, nun müsse auch mal gut sein, man solle die Vergangenheit endlich ruhen lassen. Auf Bundesebene gibt es immer wieder Spekulationen, daß die Archive nach 2019 geschlossen werden sollen. Ist die Aufarbeitung des Unrechtsregimes schon so weit fortgeschritten, daß man einen Schlußstrich ziehen kann?

Pagels-Heineking: Ich glaube zu wissen, daß keiner die Absicht hat, die Archive zu schließen. Selbst für die schärfsten Kritiker von Roland Jahn steht außer Frage, daß die Archive geöffnet bleiben müssen. Gestritten wird über Weg und Methode des Umgangs. Da kann man unterschiedlicher Meinung sein, und es wird in den nächsten Jahren sicher spannend werden zu beobachten, welcher Weg sich durchsetzen wird. Im übrigen hört man die Forderung, die Vergangenheit nun endlich ruhen zu lassen, von den immer gleichen Leuten seit vielen Jahren. Wie wichtig diese Auseinandersetzung heute immer noch ist, kann man überall im Land beobachten. Das haben auch alle Politiker, jedenfalls soweit ich das beurteilen kann, auf ihrer Agenda.

stacheldraht: Allgemein ist zu verzeichnen, daß in der ostdeutschen Bevölkerung immer noch viel DDR-Verklärung existiert. Die Opfer des Systemunrechts werden nach wie vor unzureichend wahrgenommen und müssen teilweise langwierig und zermürend um ihre Rechte kämpfen. Gerade sie erleben sehr oft, daß Protagonisten des Regimes nicht bestraft wurden, sozial abgesichert sind bis zur Rente, während ihre Opfer oft am Existenzminimum leben. Was muß sich

ändern in den nächsten Jahren? Sind Änderungen möglich?

Pagels-Heineking: Gegen Verklärung hilft nur eines – Aufklärung. Zeitzeugen müssen ihre Geschichten, die Belege des begangenen Unrechts, immer und immer wieder erzählen. Aufgabe der Politik ist es, ihnen die Möglichkeit dafür zu geben. Dafür reichen die bestehenden Gedenkstätten und Erinnerungsorte nicht aus. Es reicht nicht, in Berlin und Leipzig Gedenkorte mit Millionen auszustatten, während es im gesamten Nordosten der ehemaligen DDR nur wenige Erinnerungsorte gibt. Solche Erinnerungsorte haben ja nicht nur die Aufgabe, die nachfolgenden Generationen über die Diktatur aufzuklären. Solche Orte sind auch für die Opfer von großer Bedeutung. In einem Rechtsstaat gilt das Recht aber eben auch für die ehemaligen Täter. Das ist manchmal schwer zu ertragen, vor allem, wenn man seinen eigenen Rechtsanspruch nur mit großem Aufwand oder gar nicht durchsetzen konnte. Das führt bei den Betroffenen oft zu großen Frustrationen und Enttäuschungen. Deswegen fordere ich seit Jahren, die entsprechenden Verfahren zu vereinfachen. Daß und wie so etwas geht, zeigt der Fond für die Entschädigung ehemaliger Heimkinder. An den Regelungen habe ich maßgeblich mitgearbeitet. Wer zum Beispiel in einem Heim untergebracht war, in dem nachweislich Unrecht geschehen ist, muß dieses Unrecht nicht mehr für sich persönlich nachweisen. Dieser Nachweis ist oft nur schwer oder gar nicht mehr zu leisten. Dieses Verfahren könnte ich mir auch für andere Opfergruppen vorstellen. Aber für eine Änderung der bestehenden Verfahren wird in den nächsten Jahren viel Lobbyarbeit und ein langer Atem nötig sein.

stacheldraht: Die Systembetroffenen haben nur eine sehr kleine Lobby in der Bundesrepublik. Für die Opfer waren Sie eine klar vernehmbare Stimme, haben sich immer wieder eindeutig positioniert, Täter beim Namen benannt. Ihre Amtszeit endete im August. Warum haben Sie sich nicht erneut zur Wahl als Landesbeauftragte gestellt?

Pagels-Heineking: Das Amt der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen ist ein politisches Amt. Für mich ist es nur sinnvoll, dieses Amt auszufüllen, wenn die Chance besteht, im politischen Raum etwas zu verändern oder weiterzuentwickeln. Für meine erste Amtszeit hatte ich mir klare Ziele gesetzt. Eines der wichtigsten Ziele war die Schaffung einer

neuen, klaren gesetzlichen Grundlage, auf der die Behörde auch in Zukunft erfolgreich weiter arbeiten kann. Dieses Ziel habe ich nicht erreicht, und ich sehe für mich auch keine Möglichkeit, dieses Ziel in einer nächsten Amtszeit zu erreichen. Deswegen ist es für mich konsequent, wenn ich auf eine zweite Amtszeit verzichte und die Aufgabe weiterreiche. Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen ist man nicht, um sich ein schönes Leben zu machen. Zu meinem Selbstverständnis gehört es, daß ich mir selbst immer wieder die Frage stelle, ob das, was ich gerade tue, richtig ist; ob meine Ziele realistisch und erreichbar sind und ob ich



Marita Pagels-Heineking: „Gegen Verklärung hilft nur eines – Aufklärung.“

damit leben könnte, wenn ich diese Ziele nicht erreiche. Die selbstgestellte Frage, ob ich mir unter den gegebenen Umständen eine erfolgreiche zweite Amtszeit vorstellen könnte, mußte ich mir mit Nein beantworten. Diese Entscheidung habe ich mir nicht leicht gemacht. Aber ich bin sicher, daß es für mich die richtige Entscheidung war.

stacheldraht: Der Unternehmerpreis für den IM Enderlein, die Laudatio des Stasi-Gefängnispsychiaters Rogge bei der Verleihung des Gillhoff-Preises, der Stasi-IM Klinkmann im Gefolge einer Wirtschaftsdelegation des Ministerpräsidenten Selering in die Türkei – sind Politik und Wirtschaft immer noch zu unsensibel im Umgang mit der Diktaturvergangenheit?

Pagels-Heineking: Ich glaube, das ist keine Frage von Sensibilität, sondern von grundsätzlichen Überzeugungen. Für viele Politiker, Unternehmer, Führungskräfte, vor allem wenn sie eine westliche Sozialisation hatten, spielen andere Werte eine Rolle. Vor allem, wenn sich die Betrachtungsperspektive auf ökonomische Fragen verengt, wird alles andere ausgeblendet. Wenn jemand in

den letzten zwanzig Jahren erfolgreich Arbeitsplätze geschaffen hat, dann ist es vielen Politikern offensichtlich egal, welche Facetten diese Persönlichkeit sonst noch in sich trägt. Das ist eine fatale Entwicklung, aber keineswegs auf Mecklenburg-Vorpommern beschränkt. Überall in der Bundesrepublik haben ehemalige Systemträger – und das waren nicht immer IMs – nach der friedlichen Revolution eine erfolgreiche Karriere hingelegt. Oft waren sie schon in der Diktatur erfolgreich und clever genug, diesen Erfolg in der Demokratie nahtlos fortzusetzen. Juristisch ist dagegen oft nichts einzuwenden, und der Begriff „Wendehals“ ist aus dem Sprachgebrauch leider weitgehend verschwunden. Das ist auch nicht das Problem. Problematisch wird es für mich immer dann, wenn versucht wird, unter dem Erfolgsmäntelchen der Gegenwart die Vergangenheit zu verstecken. Dazu kann ich nicht schweigen und solange ich eine Stimme habe, werde ich mich dazu auch in Zukunft äußern.

Wenn Leute wie Enderlein oder Klinkmann offiziell durch die Politik geehrt werden, dann ist das nicht nur wie eine Ohrfeige ins Gesicht all der Leute, die unter der SED-Diktatur gelitten haben und bis heute leiden, sondern auch ein Affront gegen all die Menschen, die ernsthaft versuchen in der Wahrheit zu leben.

stacheldraht: Durch ihre kritische Haltung und die Benennung von Tätern haben Sie sich sicherlich nicht nur Freunde gemacht. Sind Sie ein mutiger Mensch?

Pagels-Heineking: Gegenfrage – Ist es unsere Aufgabe im Leben, sich nur Freunde zu machen? Muß man ein mutiger Mensch sein, um eine eigene Meinung zu vertreten? Es gab eine Zeit, da mußte man ein mutiger Mensch sein, um seine Meinung zu vertreten. Wer in der Öffentlichkeit genauso gesprochen hat wie am heimischen Küchentisch, hat zumindest seine Karriere aufs Spiel gesetzt. Diese Zeiten sind vorbei, und es ist wichtig, an sie zu erinnern.

Was mir heute manchmal fehlt, und darauf spielen Sie mit Ihrer Frage glaube ich an, ist Zivilcourage. Ich erlebe immer noch zu oft Menschen, die mit ihrer Meinung hinter dem Berg halten, weil sie einen kleinen Karriereknick befürchten. Und ich erlebe immer noch zu wenige Menschen, die sich in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen. Es lohnt sich!

Das Interview führte Jörg Plath.

Berührendste Szene der Operngeschichte

Aufführung der Beethoven-Oper „Fidelio“ in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus

(pec) Die Kulturstiftung des Bundes hat die Inszenierung der Beethoven-Oper „Fidelio“ im Hof der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus in die Liste ihrer Förderprojekte für 2014 aufgenommen. Damit kann das gemeinsame Projekt des Menschenrechtszentrums Cottbus e.V. und des Staatstheaters Cottbus im Juni 2014 zur Aufführung kommen.

Im Zentrum der Oper „Fidelio“ steht das Recht des einzelnen auf Wahrung seiner Würde. Das Geschehen spielt in einem Gefängnis, das jenseits aller Rechtsvorstellungen von Willkür und Gewalt beherrscht wird. Handlung und Musik gipfeln in dem Appell, sich für Freiheit und Menschenrechte einzusetzen – allen Widerständen und Repressalien zum Trotz. Mit künstlerischen Mitteln behandelt Beethoven damit ein Anliegen, dem sich der Häftlingsverein Menschenrechtszentrum Cottbus intensiv widmet. Der Cottbuser Oberbürgermeister Frank Szymanski: „Für mich ist der ‚Gefangenenchor‘ die berührendste Szene in der Operngeschichte. Die Befreiungsoper handelt zwar in der Zeit der französischen Revolution, besitzt aber in unseren Tagen große Aktualität. Daß Fidelio-Inszenierungen einige Male unmittelbar in das politische Geschehen eingriffen, wissen wir seit dem Oktober 1989. Der besondere Ort der Aufführung erinnert uns an diese Zeit. Ich bin allen Förderern dieses Projektes von Herzen dankbar für ihre Unterstützung.“

Die Förderung ist eine weitere Anerkennung der Aufarbeitung von SED-Unrecht, die das Menschenrechtszentrum Cottbus, ein Verein ehemaliger politischer Gefan-

gener des Zuchthauses Cottbus, leistet. Mit Mitteln des Beauftragten für Kultur und Medien des Bundes, des Landes Brandenburg und privater Spender hat der 2007 gegründete Verein, der zugleich Eigentümer des früheren Gefängnisses ist, im September 2012 mit einem Benefizkonzert von Wolf Biermann einen Teil des Zuchthauses Cottbus nach einer einjährigen Sanierung als Gedenkstätte eröffnet. „Unser Ziel als privat geführte Gedenkstätte ist, auf der einen Seite den Tausenden von Häftlingen dieses größten politischen Gefängnisses der DDR eine Stimme zu geben und ihr Schicksal nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Andererseits möchten wir etwas dazu beitragen, aus der Geschichte zu lernen, die Bürger für unsere Demokratie zu stärken, aber sie auch für die aktuelle Menschenrechtssituation in anderen Teilen der Welt zu sensibilisieren. Dazu benötigen wir viele Partner, so daß wir sehr glücklich sind, für dieses Projekt das Staatstheater Cottbus gewonnen zu haben“, sagte die Gedenkstättenleiterin Sylvia Wähling.

Die Fidelio-Aufführungen werden in ein „Freiheits- und Demokratiefest“ auf dem Gelände der Gedenkstätte eingebettet sein. Im Jahr 2014 gibt es mehrere bedeutende Jahrestage, die den Rahmen dazu bieten und unmittelbar mit der Geschichte des Gefängnisses als Unrechtsort zusammenhängen. 2014 werden wir mit den Auseinandersetzungen konfrontiert, die vor 100 Jahren mit dem Ersten Weltkrieg Europa und die Welt erschüttert haben. Der Zweite Weltkrieg, der die Teilung Europas und Deutschlands zur Folge hatte,

wird 75 Jahre davor begonnen haben. Die nachfolgenden Jahrzehnte der Teilung, Unterdrückung und des Unrechts fanden mit dem Mauerfall, der sich im November 2014 zum 25. Mal jährt, ihren Abschluß.

Als demokratische Staaten konnten nun die meisten der ehemaligen Ostblockstaaten 2004 der Europäischen Union beitreten. Deutschland feiert 2014 ebenfalls einen eigenen Jahrestag: Die Grundlage für unseren demokratischen Rechtsstaat bildet das Grundgesetz, das 65 Jahre zuvor verabschiedet wurde. Doch 200 Jahre zuvor, am 23. Mai 1814, fand die Uraufführung der 3. und endgültigen Version der Oper „Fidelio“ statt. Anlässlich dieser Fülle von Jahrestagen werden über 14 Tage mehrere Bildungs- und Informationsveranstaltungen in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus für groß und klein, Einzelbesucher und Gruppen angeboten.

Die Entscheidung der Kulturstiftung des Bundes, aber auch die großzügige Unterstützung durch die Ostdeutsche Sparkassenstiftung gemeinsam mit der Sparkasse Spree-Neiße sprechen darüber hinaus für ein großes Vertrauen in die Qualität der künstlerischen Arbeit des Staatstheaters Cottbus. Intendant und Operndirektor Martin Schüler sieht in der Beethoven-Oper „einen der glanzvollsten Belege für den Überlebenswillen des Menschen. Die Inszenierung an einem ehemaligen Ort des Unrechts ist eine spannende Herausforderung für uns Theaterleute.“

„Fidelio“ im ehemaligen Zuchthaus Cottbus wird auch durch die Unternehmensgruppe UKA (Umweltgerechte Kraftanlagen) unterstützt. Der Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb) begleitet das Projekt bereits von Anfang an als Medienpartner. Die Stadtverwaltung Cottbus unterstützt ebenfalls das Projekt.

Die Open-Air-Premiere unter der musikalischen Leitung von Generalmusikdirektor Evan Christ und in der Regie von Martin Schüler ist für den 28. Juni 2014 im Hof der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus geplant; weitere sechs Vorstellungen folgen bis Juli 2014. Der Vorverkauf beginnt im Herbst 2013 im Besucher-Service des Staatstheaters und an allen einschlägigen Vorverkaufskassen. Der Termin des Verkaufsstarts wird gesondert angekündigt.



Foto: Sylvia Wähling

Hafthaus 1 mit dem Hof, in dem die Aufführung stattfinden wird.

Gedenken in Malchow

Jahrestreffen der Überlebenden der „Malchower Werwolftragödie 1945/46“ und Gedenken an die meist jugendlichen Opfer sowjetischer Willkür

Vor 15 Jahren hatten die Stadtverordneten der Inselstadt Malchow der Initiative des Bürgermeisters Joachim Stein zugestimmt, einen Gedenkstein für die 13 hauptsächlich jugendlichen Opfer der Werwolftragödie von 1945/46 vor der Villa eines im sowjetischen Internierungslagers Fünfzehn 1946 umgekommenen ehemaligen Tuchfabrikanten aufzustellen. Die Villa war nach dem Krieg Sitz des örtlichen sowjetischen NKWD. Am 2. Juli 1998 konnte der Bürgermeister den Gedenkstein in einer würdigen Feier der Öffentlichkeit übergeben. Seither wird an diesem Stein jährlich zu Beginn des traditionellen städtischen Volksfestes mit dem Totengedenken an die Ereignisse von 1945 erinnert. Inzwischen unterrichtet eine Info-Stele neben dem Gedenkstein darüber, was in Malchow unmittelbar nach Kriegsende geschah.

Nach dem diesjährigen Jahrestreffen des Freundeskreises – der sich nach der Wiedervereinigung aus überlebenden Häftlingen, ihren Angehörigen und Freunden gebildet hat – am 4. Juli, fand einen Tag später die Gedenkfeier für die Toten statt, zu der in diesem Jahr besonders viele Gäste erschienen waren.

Die Blaskapelle des Eutiner Schützenvereins eröffnete die Feier mit einem Choral. Nach der einleitenden Ansprache des Bürgermeisters Joachim Stein sprach die inzwischen aus dem Amt geschiedene Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Marita Pagels-Heineking. In den vergangenen Jahren war sie, wie schon ihr Vorgänger im Amt, Jörn Mothes, mehrfach zum Gedenken nach Malchow gekommen. Für die Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) ergriff May-Britt Krüger aus Rostock das Wort. Ihr folgte mit einer sehr engagierten Rede Joachim Krüger, Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses

und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V. Vom Vorstand der AG war mit ihm Mariagnes Pense nach Malchow gekommen. Unter den Gästen befand sich in Begleitung seiner Frau auch der ehemalige Ministerpräsident des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Berndt Seite, der zwei Jahre zuvor die Gedenkrede gehalten hatte (s. Ausgabe 1/2012).

Die zentrale Rede zur diesjährigen Gedenkfeier hielt Rainer Prachtel, ehemaliger langjähriger Präsident des Schweriner Landtags. Besonders seine detaillierte Schilderung des Schicksals zweier verhafteter Brüder im Warener Folterkeller als Beispiel für das Erleben aller jugendlichen Opfer löste bei zahlreichen Besuchern starke Empfindungen aus. Die ergreifende Rede wirkte in dem Choral nach, den die Blaskapelle anschließend spielte.

Von den noch Lebenden der ehemals 33 Verhafteten der Malchower Werwolftragödie konnten in diesem Jahr nur drei anwesend sein. Für die Betroffenen sprach der Autor und las die Namen der Hingerichteten und in den sowjetischen Speziallagern zu Tode gebrachten Opfer vor. (Alle wurden von der russischen Militärjustiz rehabilitiert.) Danach erklang das Lied vom guten Kameraden.

Während des Liedes wurden am Gedenkstein von Verbänden und Vereinigungen Blumengebinde und Kränze niedergelegt, darunter von Dr. Matthias Buchholz für die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin. Die Regionalschicht berichteten von der Gedenkfeier, die Kranzniederlegungen übertrug das Fernsehen in der Abendschau. Den Abschluß der feierlichen Gedenkfeier bildete die Andacht mit Pastor Dr. Ulrich Müller. Er

begleitet das alljährliche Totengedenken seit der Aufstellung des Gedenksteins.

Eine Besonderheit des Malchower Gedenkens an die jugendlichen Opfer sowjetischer Willkür ist die Anwesenheit von Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe der Malchower Fleesensee-Schule mit ihrem Geschichtslehrer. Die Jugendlichen, im gleichen Alter wie die Opfer der „Malchower Werwolftragödie“ im Jahr 1945 bei ihrer Verhaftung, begleiten die Gedenkstunde, sie helfen an diesem Tag bei der Aufstellung der Bänke vor dem Gedenkstein sowie bei der Möblierung im Areal der ehemaligen Sowjetkommandantur – jetzt Villa mit Ferienwohnungen –, und sie servieren den Teilnehmern der Gedenkfeier Kaffee und Kuchen. Zu dieser Kaffeetafel, die den Jugendlichen und allen anderen Anwesenden Gelegenheit zu intensiven Gesprächen und seltenen Begegnungen bietet, laden seit Jahren die heutigen Besitzer der Villa, Annelie und Dieter Halbig, ein.



Dank für die Ansprache, Marita Pagels-Heineking (r.).

Interessenten an unserer Gedenkfeier 2014 sind herzlich nach Malchow eingeladen: Freitag, 4. Juli 2014, 11.45 Uhr, am Gedenkstein in der Gartenstraße vor der „Villa Blanck“.

Detlev Putzar

Kongreß-Vorschau

Der diesjährige UOKG-Kongreß findet am Sonnabend, dem 26. Oktober 2013, im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer statt. Er widmet sich dem Thema „Noch vorhandene Defizite bei Rehabilitierung und Entschädigung von SBZ/DDR-Opfern“. Der Kongreß wird mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Zwar beinhaltet das 2010 verabschiedete 4. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz einige Verbesserungen bezüglich Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer aus SBZ und DDR, doch existieren auch weiterhin noch zahlreiche zu kritisierende Defizite. Diese sollen im Rahmen des Kongresses benannt und gleichzeitig Wege zu einer künftigen

Entschädigung vergessener Opfergruppen und der Beseitigung von Barrieren in Anerkennungsverfahren gewiesen werden.

Ausführliche Informationen zum UOKG-Kongreß folgen in der nächsten Ausgabe.

Carola Schulze

Gedenkveranstaltung

Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945–1950 e.V.

63. Jahrestag der Wieder-Inbetriebnahme des vormaligen KZ Sachsenhausen, Gedenkveranstaltung am 15. und 16. September 2013

Sonntag, 15.09.2013

09.30 Uhr: Totengedenken mit Kranzniederlegung im Schmachtenhagener Forst, anschließend am Gräberfeld an der Düne;

11.00 Uhr: Kooperative Veranstaltung von Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen (GMS) sowie unserer Lagergemeinschaft am Gedenkstein und Hochkreuz beim ehem. Kommandantenhof, Sachsenhausen

Redner:

- Prof. Dr. Günter Morsch, Direktor der GMS,
- Gunter Fritsch, Präsident des Brandenburgischen Landtages,

- Ralf Wieland, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses,
- Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees
- Vorsitzender der AG Lager Sachsenhausen.

Kranzniederlegung, Kurzgottesdienst mit Pf. Friedemann Humburg, Ev. Nikolaikirche Oranienburg, musikalisch umrahmt vom Bläserchor der Kirchengemeinde Bergfelde-Schönfließ

Danach: Unsere Arbeitsgemeinschaft gedenkt der Opfer stalinistischer Willkür am Stein an der Mauer zwischen den ehem. Lager-Zonen I u. II

ca. 12.30 Uhr: Mittagsimbiss, gestellt von der GMS (in der ehem. Häftlingswäscherei)

14.00–16.00 Uhr: öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltung in der ehem.

Häftlingswäscherei, „Die Entlassungen 1948 aus Speziallagern in der SBZ“
Referentin: Dr. Julia Landau, Kustos zur Geschichte des sowjetischen Speziallagers Nr. 2, Gedenkstätte Buchenwald
Moderation: Dr. Enrico Heitzer, wiss. Mitarbeiter der GMS

20.00 Uhr (im Oranienburger „Hotel An Der Havel“): Präsentation des Buches „Warten ohne Wiedersehen“ von Werner Lahmann – Lesung, Diskussion.

Montag, 16.09.2013

10.00 Uhr (im Oranienburger „Hotel An Der Havel“): Bericht über die kürzlich stattgefundenen Gedenkveranstaltungen in Mühlberg und Jamlitz
Referent: Dr. Enrico Heitzer, wiss. Mitarbeiter der GMS

Unsere Gedenkveranstaltung wird gefördert vom Land Brandenburg und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. 

Podiumsdiskussion

„Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR: Verlauf – Bedeutung – internationale Auswirkungen“

Donnerstag, 26. September 2013, 18.00 Uhr

Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

Impulsreferat: „Und Stalins Hand drückt ihm die Augen zu.“ Der 17. Juni 1953: Ursachen, Verlauf, Folgen“ Dr. Jens Schöne, Historiker, LStU Berlin

Teilnehmer der anschließenden Podiumsdiskussion sind:

• Prof. Dr. Werner Gumpel, beteiligte sich aktiv am politischen Widerstand in der SBZ in einer antikommunistischen studentischen Widerstandsgruppe. Am 5. Oktober 1950 wurde er beim Verteilen von Flugblättern verhaftet, wegen „anti-sowjetischer Tätigkeit“ und „Spionage“ angeklagt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Er verbüßte fünf Jahre seiner Strafe in einem Gefangenenlager in Workuta.

• Prof. Karol Sauerland, Germanist und Philosoph, engagierte sich für den po-

litischen Umbruch im Nachbarland Polen, wurde daraufhin 1957 in der DDR Opfer von Repressionsmaßnahmen und siedelte nach Polen über

• Klaus Gronau, Zeitzeuge des 17. Juni 1953 in Berlin

• Günter Goßler, erlebte den 17. Juni als Jugendlicher in Bitterfeld, wurde Zeuge, wie ein Protestierender erschossen wurde

Eine Veranstaltung der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V., gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Carola Schulze



Nach der Verleihung: Heidemarie Winkler (2.v.r.) mit ihrer Stellvertreterin (3.v.r.), Innenminister Hans-Peter Friedrich (l.), der Hochfranken-Königin (2.v.l.) und dem Oberbürgermeister von Hof, Harald Fichtner (r.).

Bürgerpreis

(st) Am 26. Juni 2013 wurde der Deutsche Bürgerpreis der Sparkasse Hochfranken in der Kategorie „Alltagshelden“ an Heidemarie Winkler, u.a. Vorstandsmitglied im Frauenkreis der ehemaligen Hoheneckerinnen, und ihre Selbsthilfegruppe „Seelenpower“ Münchberg verliehen.

Die Gruppe wurde 1999 gegründet und wendet sich an Betroffene mit psychischen Problemen, die in einem geschützten Rahmen gemeinsam überwunden

werden sollen. Sie steht auch mit professionellen Helfern in Kontakt.

Heidemarie Winkler war in der DDR mehrmals in politischer Haft, erlebte staatlichen Psychoterror und Berufsverbot. 1986 ließ man sie in die Bundesrepublik ausreisen, wo sie seit vielen Jahren anderen Betroffenen durch ihre engagierte Arbeit in verschiedenen Opferverbänden hilft, psychische Probleme zu überwinden und ihre Rechte wahrzunehmen.

Herzlichen Glückwunsch! 

Ausstellungen

Hoheneckerinnen

Die Stiftung Lernort Demokratie – das DDR-Museum Pforzheim lädt herzlich ein zur Eröffnung der Ausstellung „Das Frauengefängnis Hoheneck“, in der 25 Frauen, die zwischen 1950 und 1989 in Hoheneck als politische Gefangene inhaftiert waren, von dem Fotografen Dirk von Nayhauf und der Autorin Maggie Riepl porträtiert wurden. Die Ausstellung basiert auf dem Buch „Der dunkle Ort – 25 Schicksale aus dem DDR-Frauengefängnis Hoheneck“ (ebenfalls von v. Nayhauf und Riepl).

Eröffnung: **25. September 2013, 18.00 Uhr**, im Lichthof Altes Rathaus Pforzheim, östliche Karl-Friedrich-Str. 2, 75175 Pforzheim

Grußwort von Dr. Isabel Greschat, Kulturmamtsleiterin der Stadt Pforzheim; Begrüßung von Birgit Kipfer, Stiftung Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim; Einführung von Mechthild Günther, Zeitzeugenbüro der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen; Lesung von Dr. Clemens Heitmann, Leiter der BStU-Außenstelle Chemnitz aus dem Buch „Via Knast in den Westen“ von Nancy Aris und ihm; anschließend Diskussion, Musik und Gespräche mit den „Frauen von Hoheneck“. Die Bücher können signiert erworben werden.

Die Ausstellung der Heinrich-Böll-Stiftung e.V., unterstützt durch die Bundesstiftung Aufarbeitung, ist bis zum 18. Oktober 2013 im Lichthof Altes Rathaus Pforzheim zu sehen, geöffnet Mo–Do 7.00–18.00 Uhr, Fr 7.00–16.30 Uhr.

Tatort-Fotos

(ug) Am **8. September** wird in der Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn (An der Bundesautobahn 2) die Foto-Ausstellung „TATORT-Fotos eines Verbrechens in Deutschland“ von Uwe Gerig eröffnet. Der Foto-Journalist zeigt achtzig großformatige Farbfotos von der ehemaligen innerdeutschen Grenze, von der Mauer in Berlin und vom Alltag der Diktatur in der abgeschafften DDR.

In Marienborn wird die Ausstellung bis zum Jahresende zu sehen sein. Zuvor waren die Bilder bereits in Berlin, Erfurt, Haldensleben und im Museum Mödlaareuth ausgestellt. Interessenten können die Ausstellung dann für 2014 ausleihen. Kontakt: uwe.gerig@gmx.de

Filme

„Zwei Leben“

Katrine (Juliane Köhler) hat ein glückliches Leben. Sie lebt mit dem Mann ihrer Träume zusammen und liebt ihre Familie über alles. Doch mit dem Fall der Mauer und der politischen Neuordnung Europas wird Katrine von ihrer Vergangenheit eingeholt: Als Tochter einer Norwegerin und eines deutschen Soldaten wurde sie als Kind von den Nazis nach Deutschland verschleppt. Dort wuchs sie in einem Kinderheim auf. Mit Mitte 20 floh Katrine aus der DDR nach Norwegen, um ihre leibliche Mutter Åse (Liv Ullmann) zu finden. Der junge deutsche Anwalt Sven Solbach (Ken Duken) will dieses schwerwiegende Verbrechen des Nazi-Regimes vor Gericht bringen und braucht dafür die Aussagen von Katrine und ihrer Mutter. Doch je mehr Katrine von ihrer Vergangenheit preisgibt, desto tiefer verstrickt sie sich in ein Netz aus Widersprüchen, Lügen und Verrat. Noch ahnt niemand, daß Katrine ein folgenreiches Geheimnis hütet. Wer ist sie wirklich? Nach wahren Begebenheiten geht der Film dem Schicksal einer Frau nach, die in der DDR aufwuchs und von der Stasi ausgebildet wurde. „Zwei Leben“ thematisiert anhand eines einzelnen Schicksals doppelte nationale Schuld und verbindet so die Geschichte zweier Deutscher Diktaturen.

Kinostart des Films „Zwei Leben“ am **19. September 2013**.

Carolin Sonnenstatter

Ewige Rebellin

(em) Für das Bayerische Fernsehen hat Elisabeth Meyer den 45-minütigen Dokumentarfilm „Für immer Rebellin“ über das Leben der Susanne Heisse gedreht. Der Film wird in der Reihe „Lebenslinien“ am Montag, dem **7. Oktober 2013, um 21.00 Uhr**, im Bayerischen Fernsehen ausgestrahlt.

Susanne Heisse, Tochter des Diakons Eberhard Heiße aus Marienberg, hatte im Alter von 18 Jahren nach der Inhaftierung ihres ein Jahr älteren Bruders Stephan Heiße einen Fluchtversuch mit einem englischen Transit-LKW gemacht, war an der ungarischen Grenze aufgegriffen und als politische Gefangene zu knapp zwei Jahren Haft auf der Burg Hoheneck verurteilt worden. Danach wurde sie vom Westen freigekauft.

Das Trauma dieser Haftzeit und der Erlebnisse in Hoheneck sitzen bei Susanne

Heisse sehr tief. Sie konnte das Gefängnis auch für die Filmaufnahmen kein zweites Mal betreten.

Heute lebt Susanne Heisse am Atitlansee in Guatemala und ist für ihre nachhaltigen Projekte für die dortige Maya-Bevölkerung bereits mehrfach international ausgezeichnet worden.

Der Film wird in der ARD Mediathek ein Jahr lang im Internet stehen.

Bürgerberatung

des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung und Terminvereinbarung: (030) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag 8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

Suchanzeigen

Gedenktafel für Haftanstalt Chemnitz-Reichenhainer Str. 236

Während an den meisten ehemaligen Stasi-Haftanstalten Gedenktafeln für die einst dort inhaftierten politischen Häftlinge angebracht wurden, vermisste ich eine derartige Tafel an der ab 1969 gebauten Haftanstalt Chemnitz-Reichenhainer Str. 236.

Ich war dort 1987 mehrere Monate inhaftiert. Wir politischen Gefangenen waren zusammen mit Kriminellen untergebracht und mußten in drei Schichten Getriebegehäuse für MZ-Motorräder herstellen. Zum Glück waren wir politischen Gefangenen in der Mehrzahl und konnten uns so gegenüber den Kriminellen behaupten.

Wer war auch in der Reichenhainer Straße, im damaligen Karl-Marx-Stadt, als politischer Häftling inhaftiert? Über die Unterstützung meines Vorschlags, an der besagten Haftanstalt für die einstigen politischen Gefangenen eine Gedenktafel anzubringen, würde ich mich sehr freuen.

Textvorschlag: „Auf diesem Gelände waren in den 1970er und 1980er Jahren auch politische Häftlinge des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR inhaftiert.“

Dieter Gollnick, E-Mail gjudo@t-online.de, Tel. 086 31 16 55 89



Bild 1



Bild 2



Bild 3



Bild 4



Bild 5

Wer erkennt die Orte?

Die links abgebildeten fünf Fotos zeigen Strafvollzugseinrichtungen der DDR. Allerdings ist unklar, welche Orte es sind. Wer kann sich erinnern? Bitte über Mail an tomas.kittan@bz.de

Leserbrief

„Es waren nicht die Schlechtesten, die bei der RAF landeten“

Am 13. Juni 2013 schrieb ich per E-Mail in einem Hörerbrief an die Redaktion von „Kultur heute“ des Deutschlandfunks: „...Heute, am 13.06., hörte ich im Autoradio die Sendung ‚Kultur heute‘.

Christian Gampert berichtete über die RAF-Ausstellung in Stuttgart. Dabei fiel der Satz: ‚Es waren nicht die Schlechtesten, die bei der RAF landeten.‘

Ich war fest überzeugt, daß ich mich wohl verhört haben mußte. Aber das Nachhören im Internet bestätigte mir, daß ich richtig gehört hatte. Terror ist Terror. Da kenne ich keinen prinzipiellen Unterschied zwischen links und rechts. Man stelle sich vor, es würde jemand sagen: ‚Es waren nicht die Schlechtesten, die bei der NSU landeten.‘ Oder gilt etwa der Grundsatz: ‚Rechter Terror ist böse, linker Terror ist zumindest mit Nachsicht zu beurteilen.‘?...”

Darauf erhielt ich am 17. Juni von Karin Fischer, der Chefredakteurin von „Kultur heute“, folgende Antwort: „...ich möchte kurz auf Ihren Einwand über den Bericht von Christian Gampert zur RAF-Ausstellung in Stuttgart antworten. Ja, der Satz von Herrn Gampert ist so gefallen. Aber er darf natürlich nicht allein stehend bewertet werden. Es war sein Schlußsatz innerhalb einer argumentativen Bewegung, die erklärt hat, wie ‚leicht‘ es damals – aufgrund der speziellen Situation in der BRD und auch der Hysterie geschuldet, die damals auf Seiten des Staates Raum gegriffen hatte – war, in einem (ich sage jetzt mal: aufgeklärten, intelligenten) linken Milieu zum Sympathisant der RAF zu werden. Dieser Begriff selbst ist ja weit gefaßt und meint sowohl mentale Zuneigung wie auch praktische Unterstützung. Genau diese Menschen meinte Herr Gampert, nicht die Terroristen selbst.

In diesen gesellschaftlichen Voraussetzungen und der politischen Motivation liegt meiner Ansicht nach auch der prinzipielle Unterschied zwischen dem Terror

von rechts oder links. Aber das ist ein weites Feld und das haben andere vor uns schon intensiv diskutiert. ...“

Meine Schlußfolgerung: Die „Rote-Armee-Fraktion“ (RAF) war nach Wikipedia verantwortlich für 34 Morde, mehrere Entführungen und zahlreiche Banküberfälle und Sprengstoffattentate mit einer Vielzahl von Verletzten und erheblichen Sachschäden. Und für diese RAF gab es unter den bundesrepublikanischen Linken ein Potential von „mentaler Zuneigung“ und „praktischer Unterstützung“. Wenn unter diesen Umständen bei dem Staat Bundesrepublik Deutschland die Alarmglocken läuteten, so nennt man das „Hysterie“. Und für „Kultur heute“ ist es jedenfalls kein Makel, wenn man Sympathisanten und Unterstützern dieser verbrecherischen und terroristischen Organisation auch im Jahr 2013 noch ein hohes Maß an Verständnis entgegenbringen kann. Was mich am meisten irritiert und befremdet, ist die Selbstverständlichkeit, mit der diese Sätze gesagt und akzeptiert werden, so, als ob ein allgemeiner Konsens bestünde und man vernünftigerweise gar nicht anderer Meinung sein könne. Zu dem vermeintlichen Konsens gehört dann auch die These, daß man linken und rechten Terror nicht miteinander vergleichen dürfe. Frau Fischer betont den Unterschied zwischen den Sympathisanten und den „Terroristen selbst“. Wenn ich Herrn Gampert richtig verstanden habe, so stellt er gerade heraus, daß der Schritt von den einen zu den anderen gar nicht so groß gewesen ist.

Ich kann mir leicht vorstellen, daß jemand in die rechtsradikale Szene rutscht, wenn er nur in einen entsprechenden Freundeskreis gerät – es sei denn, daß er eine hinreichend starke ethisch-moralische Basis besitzt, die ihn davor bewahrt, in die eine oder andere extremistische Richtung abzurutschen. Da kann ich beim besten Willen den von Frau Fischer angesprochenen prinzipiellen Unterschied nicht sehen.

Dr. Heinz Steudel, Berlin

Veranstaltungen

3.9. (Di), 19.00 Uhr:

Neuanfang im Westen. Zeitzeugen berichten. Buchpräsentation mit Dr. Andreas H. Apelt, Herausgeber, u. Prof. Hans-Hendrik Grimmling, Maler u. Zeitzeuge; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

4.9. (Mi), 19.00 Uhr:

„Revolte“ am Ostseestrand. Die wahre Geschichte der Glatzkopfbande. Filmpräsentation des Archivs Bürgerbewegung Leipzig u.a.; Ort: Kinobar im Leipziger Haus der Demokratie, Bernhard-Göring-Str. 152, 04277 Leipzig

5.9. (Do), 19.00 Uhr:

Schwer erklärbares Finsternis. Anna Seghers und die Staatssicherheit. Lesung mit Steffi Böttger, Schauspielerinnen; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig u.a.; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

5.9. (Do), 19.00 Uhr:

Revolution und Transformation in Potsdam 1989/90. Vortrag v. Jutta Braun, ZZf Potsdam, u. Peter Weiß, HU Berlin; Mod. Hans-Hermann Hertle, ZZf Potsdam; Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße in der der Reihe „Menschen unter Diktaturen“; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

5.9. (Do), 19.00 Uhr:

Ein widerständiges Leben. Zeitzeugengespräch mit **Meinhard Schröder**; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde, Marienfelder Allee 66/80, 12277 Berlin

7.9. (Sa), 19.00 Uhr:

„Komm'se – Gehn'se. In der Obhut der Stasi“. Buchvorstellung mit Autorin u. Zeitzeugin Sigrid Grünewald; Veranstaltung d. Gedenkstätte Bautzen, Ort: Gedenkstätte Bautzen, Weigangstr. 8a, 02625 Bautzen

8.9. (So), 10.00–17.00 Uhr:

Jenseits des Guten und Schönen. Unbequeme Denkmale? Sonderöffnung der Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen Rostocker U-Haft der Stasi zum Tag des offenen Denkmals. 11.00 Uhr: Eröffnung d. Sonderausstellung „Unschuldige Orte. Und Erinnerungen“ mit Roland Jahn, BStU, u. dem Künstler s.h.schroeder; 14.00 Uhr: Selbstbehauptung und politischer Protest in DDR-Gefängnissen. Vortrag v. Dr. Tobias Wunschik, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Dokumentations- u. Gedenkstätte in der ehem. U-Haft der Stasi, Hermannstr. 34b, 18055 Rostock

Das Verhör

Von Lennard Kamischke

Vor wenigen Wochen sprach Horst Schüler in einer Klasse des Gymnasiums Hamburg-Farmsen über seine Erlebnisse als politischer Häftling in Workuta. Mit ihrer Lehrerin Imke Stahlmann hatten die Schülerinnen und Schüler kurz davor die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen besucht und dort auch eine Führung gehabt. Beeindruckt davon hat Lennard Kamischke, 17jähriger Schüler dieser Klasse, die folgende Kurzgeschichte geschrieben.

Panisch riß er den Kopf aus dem Wassereimer. Das war das dritte Mal. Ein nächstes Mal werde ich nicht überstehen, dachte der Häftling. Die Wassertropfen schlugen weiter auf seinen Schädel ein. Langsam fingen die Schmerzen wieder an zu brennen. Jetzt reicht es, schrie der Häftling, ich sage es Ihnen. Lassen Sie mich hier raus.

Niemand hörte ihn, wartete und befreite den Häftling aus der Vorrichtung.

Anschließend zog Niemand ihm einen Sack über den Kopf und führte ihn aus der Zelle durch den Gang in den Hof. Die Sonne scheint, dachte er. Aber die Sonne kümmerte sich nicht um ihn. Schließlich wurde er durch eine Tür in das Unbekannte geführt.

Setzen Sie sich, sagte Niemand und zog den Sack ab. Der Häftling setzte sich auf einen gepolsterten Stuhl am vorderen Ende des langen Tisches. Niemand nahm auf der gegenüberliegenden Seite Platz. Machen Sie es sich, uns, Ihrer Familie und Ihren Freunden nicht so schwer und gestehen Sie, was Sie getan haben, sagte Niemand. Seine ruhigen, aber wachsamem Augen bohrten sich in die Seele des Häftlings.

Der Häftling schwieg. Er hatte zu gestehen. Was wollen Sie von mir wissen? fragte der Häftling. Niemand erwiderte nur, ich nehme an, Sie wissen, warum Sie hier sind. Der Häftling mußte es wissen, aber er wußte es nicht. Sie haben Ihren Nachbarn zur Flucht verholfen, sagte Niemand.

Er hatte also seinen Nachbarn zur Flucht verholfen.

Nach einer Weile bejahte der Häftling dies und gestand. Er hatte seine Nach-

barn mit einem Fahrzeug der Marke Wartburg und einigen Kontakten im Westen versorgt, um ihnen die Republikflucht zu ermöglichen.

Wer sind die Kontakte? fragte Niemand. Ich habe Verwandte in Wolfsburg, antwortete der Häftling. Niemand runzelte die Stirn. Sie hatten zu Protokoll gegeben, daß Sie keine Familie mehr haben. Wollen Sie ihre Familie schützen?

Der Häftling schwieg. Niemand nahm das Telefon und sprach, machen Sie die Verwandten des Häftlings 827 ausfindig. Danach schwieg auch er, aber seine Augen bohrten weiter.

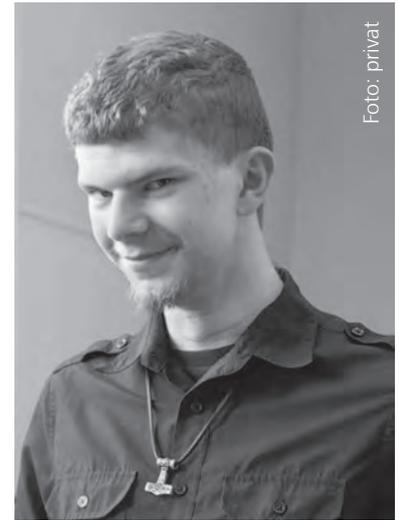
Meine Familie, dachte der Häftling voller Verzweiflung. Was wollen die von meiner Familie? Er stellte sich vor, daß sie dasselbe erleiden müßten wie er. Würden sie mich schützen? Hilflos fing er an zu weinen. Die Augen hatten ihn durchbohrt.

Die Tür ging auf und ein weiterer Niemand betrat das Verhörzimmer. Er sagte, wir haben die Verwandten in Wolfsburg ausfindig gemacht. Der erste Niemand lächelte und nickte zufrieden. Der Häftling schrie vor Verzweiflung, lassen Sie meine Familie in Ruhe. Sie hat nichts damit zu tun. Aber Niemand lächelte nur. Bringen Sie den Häftling 827 auf eine Zelle im Trakt B.

Dem Häftling wurde wieder der Sack über den Kopf gezogen, anschließend wurde er über den Hof in ein neues Gebäude geführt. Dort zog man ihm den Sack wieder ab.

Die kalten Wände des Flures waren frisch gestrichen. An der Decke hing eine Lampe, die in einem falschen Grün leuchtete. Niemand führte den Häftling zu seiner neuen Zelle und öffnete die schwere Stahltür. Ein eigenes Zimmer, dachte der Häftling. Ein sauberes Zimmer mit eigener Toilette, Tisch und Stuhl und einem hoffentlich weichem Bett. Das Tageslicht würde durch die Scheibe aus Milchglas scheinen.

Ein eigenes Zimmer ohne Aussicht auf Freiheit.



Lennard Kamischke.

Foto: privat



Geflohen nach West-Berlin

Besonders nachdem ab 1952 die innerdeutsche Zonengrenze vom SED-Regime zusehends abgeriegelt wurde, flüchteten bis 1961 rund drei Millionen Menschen aus der DDR in den Westteil Berlins, das war ein Sechstel der dortigen Bevölkerung. Bis zur Währungsreform 1948 existierte dieses Problem offiziell nicht, es gab ein strenges Zugangsverbot in die ohnehin von Menschen überfüllte Ruinenstadt. Erst Anfang 1949 entstand in der Kuno-Fischer-Straße eine „Flüchtlingsfürsorgestelle“, aus der sich später das amtliche Notaufnahmeverfahren entwickelte. Verständlicherweise brachten die Flüchtlinge wirtschaftliche und soziale Probleme, so daß bis zum Ende der Luftbrücke diese möglichst wieder in die DDR zurückgeschickt wurden.

Als Flüchtling wurde nur anerkannt, wer eine „drohende Gefahr für Leib und Leben“ zumindest glaubhaft machen konnte. Derartige politische Gründe konnte indes kaum die Hälfte der Geflohenen darlegen. 1950 wurde die Zahl der Nicht-Anerkannten, die

also illegal in West-Berlin lebten, auf 200 000 geschätzt. Die Frage der Anerkennung war sehr oft eine Entscheidung für das weitere berufliche Leben des Betroffenen; daß es dabei zu Fehlentscheidungen kam, stellt das vorliegende Buch an etlichen Beispielen dar.

Das Verhalten eines einzelnen in der DDR von West-Berlin aus zu beurteilen, war meist schwierig. Ein unentbehrlicher Partner war dabei die, von den USA finanziell unterstützte, „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU), die ein gutes Bild von den politischen Häftlingen in der DDR besaß und durch ihre Widerstandskaktionen dort großes Ansehen genoß. Auch sie versuchte oft Flüchtlinge zur Rückkehr in ihre Heimat zu bewegen und dort „auszuharren“. Andere überredete sie, mit bestimmten Aufträgen an ihren bisherigen Wohnort zurückzukehren.

Daß derartiges auch mit Jugendlichen geschah, welche die Gefahren kaum ermessen konnten, führte zur häufigen Kritik an der KgU. Ihre schweren Verluste an heimlichen Mitarbeitern in der DDR ließ ihr Ansehen bald verblassen, doch gelang es niemals, sie völlig vom Notaufnahmeverfahren auszuschließen.

Seriöser wirkte der ebenfalls von Washington getragene „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ (UfJ), der durch sein breites Informationsnetz von illegalen Mitarbeitern „drüben“ primär das politische Unrecht in der DDR aufdeckte und in zahllosen Fällen Gutachten über geflüchtete DDR-Bewohner liefern konnte. Ebenso waren die Ostbüros der SPD, CDU und LDP sehr oft in der Lage, entsprechende Beurteilungen abzugeben.

Es ist ein Verdienst des Buches, in diesem Zusammenhang anhand von Dokumenten und Zeugenaussagen das nicht seltene Verhalten der West-Alliierten aufzuzeigen, das man bisher zumeist nur ahnte oder lediglich bruchstückhaft kannte. Schon die Tatsache, daß sie das Recht beanspruchten, DDR-Flüchtlinge als erste zu vernehmen, stieß bei den West-Berliner Verantwortlichen auf starken Unmut und ständige Kritik. Es war nicht das bloße Ausfragen nach Zuständen in der DDR, sondern das Zurückschicken mit Spionage-Aufträgen. Dabei erfolgte dies nicht nur in einem Fall mit der Androhung, den Flüchtling wieder der DDR auszuliefern oder zurückgebliebene Angehörige unter Druck zu setzen. Daß die Aussagen der Geflohenen auf freiwilliger Basis beruhten, sie das Recht zur Aussageverweigerung hatten und ihre Befragung gar nicht Teil des Anerkennungsverfahrens war, wurde ihnen niemals mitgeteilt.

Selbst als die Bundesrepublik 1955 souverän wurde und Bonn und West-Berlin den Einfluß der westlichen Nachrichtendienste zurückdrängen wollten, blieben ihre Vorstöße ohne jeden Erfolg. Die Alliierten beharrten auf ihren Rechten als Sieger und auf ihrer Pflicht, West-Berlin vor allen Gefahren zu schützen – für sie war die geheimdienstliche Ausforschung der DDR bis zuletzt das Wichtigste. Ein interessantes Buch, auch wenn Zeitzeugen das Negative nicht in diesem Maße sehen.

Friedrich-Wilhelm Schlomann



Keith R. Allen: *Befragung – Überprüfung – Kontrolle. Die Aufnahme von DDR-Flüchtlings in West-Berlin bis 1961*, Ch. Links Verlag, Berlin 2013, 240 S., 24,90 €

Veranstaltungen

10.9. (Di), 18.00 Uhr:

Im Roten Eis. Ein Familienschicksal zwischen Berlin, Moskau und Tel Aviv. Buchpräsentation u. Podiumsgespräch mit Ester Noter, Tochter d. Autorin Sonja Friedmann-Wolf, Reinhard Müller, Herausgeber u. Historiker, Ingo Way, Herausgeber u. Literaturwissenschaftler; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

11.9. (Mi), 17.00 Uhr:

Politisch mißbraucht? Vorlesung von Dr. Sonja Süß in der Reihe „Psychiatrie in der DDR“; Ort: Hörsaal Alte Nervenklinik, Klinik f. Psychiatrie und Psychotherapie, Charité-Universitätsmedizin Berlin, Campus Charité Mitte, Charitéplatz 1, 10117 Berlin

11.9. (Mi), 18.00 Uhr:

20 Jahre Rehabilitierung deutscher Staatsbürger. Die Ergänzungen zum Rehabilitierungsgesetz der Russischen Föderation vom 3. September 1993 und ihre Folgen. Vortrag v. Dr. Klaus-Dieter Müller, Leiter d. Dokumentationsstelle u. stellv. Geschäftsführer d. Stiftung Sächsische Gedenkstätten, Mod. Dr. Ines Reich, Leiterin d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

17.9. (Di), 18.00 Uhr:

Kultur – Waffe im Klassenkampf oder Bindeglied im geteilten Deutschland? Veranstaltung in der Reihe „2x Deutschland. Innerdeutsche Beziehungen 1953–1989“ d. Deutschen Gesellschaft u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

17.9. (Di), 19.00 Uhr:

„Die Schillergruft“. Autor Jürgen K. Hultenreich liest aus seinem Buch, Einführung v. Vera Lengsfeld; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

24.9. (Di), 18.00 Uhr:

Vergessene Opfer. Kinder des GULag. Buchpräsentation mit Autor Dr. Meinhard Stark u. Zeitzeugengespräch mit Horst Hennig u. Konrad Rayß; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

25.9. (Mi), 16.00 Uhr:

Jour fixe. Führung, Büchertisch u. Gespräche; Veranstaltung v. Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. u. MEMORIAL Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- u. Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam



DVDs

„Es geht um die Wahrheit!“

25.9. (Mi), 18.00 Uhr:

Zeitzeugengespräch. Helga Gäbel u. Anita Goßler im Gespräch mit Dr. Ines Reich, Leiterin d. Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam; Veranstaltung d. Gedenk- und Begegnungsstätte; Ort: Gedenk- u. Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

25.9. (Mi), 19.00 Uhr:

1956 – Der Ungarische Aufstand. Kurzvorträge v. Prof. Dr. Andreas Oplatka, Historiker, Zürich, Krisztián Ungváry, Historiker, Budapest, Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Andreas Oplatka, Krisztián Ungváry u. Dr. Andreas Schmidt-Schweizer, Historiker, Budapest; Veranstaltung des Berliner LStU in der Reihe „Machtkämpfe. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende des Kalten Krieges“; Ort: Collegium Hungaricum, Dorotheenstr. 21, Berlin-Mitte

26.9. (Do), 18.00 Uhr:

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR. Verlauf – Bedeutung – internationale Auswirkungen. Impulsreferat v. Dr. Jens Schöne, Historiker, LStU Berlin, Podiumsdiskussion mit den Zeitzeugen Prof. Dr. Werner Gumpel, Klaus Gronau, Günter Goßler und d. Germanisten u. Philosophen Prof. Karol Sauerland; Veranstaltung d. UOKG; Ort: Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

27.9. (Fr), 18.00 Uhr:

Zeitzeugengespräch. Ein ehemaliger Häftling des Gefängnisses Leistikowstraße im Gespräch mit Dr. Richard Buchner, Vorsitzender des Vereins Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V.; Veranstaltung v. Gedenk- und Begegnungsstätte ehemaliges KGB-Gefängnis Potsdam e.V. u. MEMORIAL Deutschland e.V.; Ort: Gedenk- u. Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam, Leistikowstr. 1, 14469 Potsdam

29.9. (So), 19.00 Uhr:

Eine Stadt trauert um ihren Vater. Podiumsdiskussion u. Film zum 60. Todestag von Oberbürgermeister Ernst Reuter; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Besucherzentrum Gedenkstätte Berliner Mauer, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

3.10. (Do), 10.00–18.00 Uhr:

Tag der offenen Tür. Führungen, Lesungen, Zeitzeugengespräche. Veranstaltung d. Gedenkstätte Lindenstraße in der der Reihe „Menschen unter Diktaturen“; Ort: Gedenkstätte Lindenstraße, Lindenstr. 54, 14467 Potsdam

(VT) Der politische Häftling in der SBZ/DDR und erfolgreiche Schauspieler in Deutschland, Jochen Stern, berichtet über sein Leben. 1947 wurde er vom sowjetischen Geheimdienst NKWD wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer antisowjetischen Spionageorganisation bzw. „antisowjetischer Agitation“ verhaftet. Nach fast einjähriger Untersuchungshaft im berühmten „Lindenhotel“ in Potsdam wurde der damals 20-Jährige zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. 1954 wurde Stern in die Bundesrepublik entlassen. Dort baute er sich eine berufliche Karriere auf, war in Hunderten Rollen am Theater, in Film und Fernsehen zu sehen. Bis heute ist er besonders dem Schauspiel auf der Theaterbühne verbunden.

.....
Jochen Stern, Zeitzeugen im Gespräch: „Es geht um die Wahrheit!“, 4 DVDs, OEZ Berlin-Verlag 2013 (erscheint im Okt. 2013); 34,90 €, Sonderpreis für die Leser des „Stacheldrahts“ bis zum 1.11.2013: 25,-€ (incl. Porto innerhalb Deutschlands); Bezug über OEZ Berlin-Verlag, siehe unten.

Zwangs-
ausgesiedelt

(VT) Ernst-O. Schönemann aus Lenzen war Augenzeuge und Betroffener der brutalen und menschenverachtenden Zwangsausiedlung durch SED, Volkspolizei, Betriebskampfgruppen, Stasi und lokale Funktionäre. Dieses Schicksal traf ihn im Alter von 20 Jahren, seine Eltern waren beide 60. Im Parteideutsch der SED waren Auszusiedelnde „Ungeziefer“. Die Traumatisierung brach erst nach dem Untergang der DDR durch. Auf dieser DVD wird Schönemanns Buch „Der Wurzeln beraubt“ vorgestellt. Der Autor setzt Tausenden Zwangsausgesiedelten damit ein literarisches Denkmal, reflektiert die politischen Bedingungen in der DDR, die Repressalien und Beschränkungen, aber auch die gegenseitige Hilfe der Menschen untereinander.

.....
Ernst-O. Schönemann: Der Wurzeln beraubt. Zwangsausiedlung 1961 und die Folgen. DVD, OEZ Berlin-Verlag 2013; Sonderpreis für die Leser des „Stacheldrahts“ bis zum 1.11.2013: 7,- € (incl. Porto innerhalb Deutschlands); Bezug über OEZ Berlin-Verlag, Hubertusstr. 14, 10365 Berlin, Tel. (030) 993 93 16

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Dr. Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September.

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

UOKG-Beratungsstelle

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Fax (030) 55 77 93 40

Florian Kresse, Jurist, Mo-Fr, 10-12 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 53
 E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mo-Fr, 12-14 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 52
 E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption),
 Mo-Fr, 14-16 Uhr
 Tel. (030) 55 77 93 54
 E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Kerstin Kuzia (Thema DDR-Heime u. JWH,
 in enger Zusammenarbeit mit der Berliner
 Anlaufstelle „Fonds Heimerziehung“),
 Do 11-16 Uhr
 Tel. (030) 57 79 87 39
 E-Mail kuzia@uokg.de

Beratungsstelle
des BSV-Fördervereins

Ruschestr. 103, Haus 1
 10365 Berlin
 Tel. (030) 55 49 63 34
 Fax (030) 55 49 63 35
 E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
 Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Heidi Kulik
 Di u. Do 8-15 Uhr, Mi 9-17 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Erna Carbow, Wolfgang Cunow, Eduard Finger, Ursula Franke, Gerhard Gärtner, Ingobert Gebauer, Hans-Joachim Hacker, Margot Hampe, Frank Hoenig, Michael Hofbauer, Gerhard Klinger, Günter Koch, Siegfried Koschwitz, Klaus Krüger, Werner Friedhelm Lafeld, Barbara Lampe u. Kurt Meyer, Gerd Lukoschus, Peter Menzel, Horst Mittelstädt, Dr. Jens Nielsen, Wolf-Dieter Ohme, Eike Christine Radewahn, Siegfried Rau, Hans-Jürgen Rief, Siegbert Schmolke, Walter Schöbe, Wolfgang Scholz, Michael Schön, Günter Schreiber, Dieter Starke, Christine Stauch, Günther Wetzlaugk.

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende“

Das Zitat

Altwerden ist das Geschenk der Möglichkeit zu späten Einsichten.

Max Mell

Da lacht der Klassenfeind

„Müller besitzt eine verfestigt negative Einstellung zur sozialistischen Entwicklung in der DDR und die IM nehmen an, daß er die staatsbürgerliche Treue nicht wahren wird.“

(BV-Gera)

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 9–17 Uhr

BSV-Förderverein für Beratungen

Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Rainer Wagner
Leiter der Geschäftsstelle: Theo Mittrup
Sprechzeiten: Mo–Fr 16–18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31, E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, BIC (SWIFT) DEUT DE DB110, IBAN DE58 100 708 480 6655245 01

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Werner Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24, E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com
Verkaufspreis 1,- Euro
Auflagenhöhe 10 000

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnenstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor. Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 13. August 2013

